

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Kredaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. August 1904.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.  
Verlagsdirektor: Amt IV, Nr. 1984.

#### Die Kriegslage in Ostasien.

Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz haben ein neues wichtiges Ereignis übermitteln: die Unschädlichmachung der Wladiwostok-Flotte. Die drei Wladiwostok-Kreuzer, die Japan durch ihre vertwegenen Kreuzfahrten so unangenehm geworden waren und die dank ihrer Schnelligkeit den Verfolgungen der Flotte des Admirals Kamimura immer wieder entkommen waren, waren abermals ausgelaufen, vermutlich, um sich mit der Port Arthur-Flotte zu vereinigen. Sie begegneten dabei der Flotte Kamimuras, dem es diesmal gelang, das Kreuzergeschwader in einen Kampf zu verwickeln.

Der Ausgang des schweren, fünf Stunden währenden Seegefechts war die Niederlage der russischen Kreuzer. Einer von ihnen wurde in den Grund gebohrt, den beiden andern gelang es, obgleich erheblich beschädigt, nach Wladiwostok zurückzukehren. Während die japanischen Telegramme erklären, daß die beiden entkommenen Kreuzer schwere Beschädigungen erlitten hätten, behauptet ein russisches Telegramm aus Wladiwostok, daß die beiden Schiffe nur „leicht“ beschädigt worden seien. Die japanische Darstellung ist zweifellos die zuverlässigere, so daß mit ziemlicher Gewißheit angenommen werden kann, daß das Wladiwostok-Geschwader mindestens für die nächste Zeit unschädlich gemacht worden ist, was für den japanischen Handelsverkehr, der unter den Beunruhigungen der Wladiwostok-Kreuzer schwer gelitten, von großer Wichtigkeit ist.

Auch über das Schicksal eines Teiles der Port Arthur-Flotte liegen jetzt neuere Nachrichten vor. Zunächst steht jetzt fest, daß bei der Seeschlacht vor Port Arthur Admiral Wittöft getötet und der Vice-Admiral Matusewitsch verwundet worden ist. Ferner kommt aus Tsingtau die Nachricht, daß die dortige Behörde jetzt wenigstens das russische Linienschiff „Cesarewitsch“ und drei Torpedoboots-Zerstörer entworfen hat. Die Nachricht, daß die deutschen Behörden entgegen den Bestimmungen des Völkerrechts die Kreuzer „Asold“ und „Rowil“ entkommen ließ, ist leider nicht widerlegt worden. Uebrigens soll „Asold“ schwer beschädigt nach Shanghai geschifft sein, wo er zweifellos entworfen werden wird, während, allerdings nur nach einem unbefähigten Gerücht, „Rowil“ von den Japanern auf hoher See versenkt worden sein soll. Zwei weitere Torpedoboots-Zerstörer der zersprengten Port Arthur-Flotte sind an der chinesischen Küste gescheitert und von ihrer Besatzung selbst in die Luft gesprengt worden. Von den übrigen geliebten drei oder vier russischen Linienschiffen der Port Arthur-Flotte hat man nichts mehr gehört. Daß diese Halbwaldden entkommen sein könnten, ist ziemlich ausgeschlossen, sie werden jedenfalls nach Port Arthur zurückgeführt sein, um dort das Schicksal der Festung zu teilen.

Dies Schicksal Port Arthurs scheint unmittelbar bevorzustehen. In den letzten Tagen haben nach den neuesten Meldungen die Japaner ihre Angriffe wiederholt und neue Erfolge errungen. Die japanische Artillerie soll die feindlichen Batterien beherrschen, so daß der verzweifelte Widerstand der Besatzung den gewaltigen Streitkräften Japans, die 90 000 Mann zählen und über 400 Geschütze besitzen sollen, nicht mehr lange Stand halten wird.

Eine russische Meldung erzählt das läppische Märchen, der Kaiser von Japan habe den Befehl gegeben, unter allen Umständen Port Arthur zu nehmen, selbst wenn dadurch die Truppen der Hauptarmee bei Liaojang bis zur Ohnmacht geschwächt würden und der Krieg wieder nach Korea zurückverlegt werden müßte. Es seien denn auch von der Südarmee des Generals Dju 12 Regimenter nach Port Arthur abgedispiert worden. Die Meldung ist so blödsinnig, daß sie keine Zurückweisung verdient. Sie legt russische Zustände für den japanischen Hof und die japanische Heeresleitung bloß.

In Wirklichkeit dürfte auch bei Liaojang die Entscheidung nicht bevorstehen. Die mehrstägige Ruhe zeugt nur von den gründlichen Schlachtvorbereitungen der Japaner. Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ soll sogar die große Entscheidungsschlacht bereits begonnen haben.

Wir geben im folgenden die wichtigsten der eingelaufenen Depeschen wieder:

#### Die Niederlage der Wladiwostok-Flotte.

Tokio, 15. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Nach einem Telegramm aus Tateshima traf das unter dem Befehl Kamimuras stehende japanische Geschwader gestern morgen um 5 Uhr etwa 20 Meilen von Utsunomiya an der koreanischen Küste mit dem Wladiwostok-Geschwader zusammen. Das Gefecht dauerte bis 10 1/2 Uhr. Man sah, wie der Kreuzer „Kurik“ sank und dabei für einige Augenblicke mit dem Bug in der Luft senkrecht stand. 450 Mann der Besatzung wurden durch die Japaner gerettet. „Rossija“ und „Gromoboi“ fingen mehreremale Feuer und wurden beide stark beschädigt. Ein japanisches Schiff wurde von den russischen Schiffen getroffen, wodurch zwei Mann getötet und sieben verwundet wurden.

Petersburg, 16. August. Amtliche Depeschen aus Wladiwostok bestätigen, daß ein Kampf zwischen einem Teil des Wladiwostok-Geschwaders und der Flotte des Admirals Kamimura stattgefunden hat, wobei der Kreuzer „Kurik“ mit 24 Offizieren, darunter dem Schiffskommandanten sowie 360 Mann der Besatzung durch Torpedos zum Sinken gebracht wurde. Dagegen seien die Kreuzer „Gromoboi“ und „Rossija“ nur leicht beschädigt und vollständig gefechtsfähig geblieben. Von den japanischen Schiffen seien ein Schlachtschiff sowie ein Kreuzer schwer beschädigt. Admiral Reigenstein soll unverwundet geblieben sein.

Der Kreuzer „Kurik“ ist ein 1892 in Petersburg gebautes Schiff von 11 000 Tonnen und 688 Mann Besatzung.

#### Die Seeschlacht vor Port Arthur.

Petersburg, 18. August. Wie der Konteradmiral Malusewitsch dem Kaiser von gestern meldet, begann das russische Geschwader

bereits am 10. August bei Tagesanbruch in See zu gehen. Um 9 Uhr morgens verließ das Geschwader, aus sechs Panzerschiffen, den Kreuzern „Asold“, „Diana“, „Pallada“, „Rowil“ und acht Torpedobooten bestehend, Port Arthur. Die Japaner hatten folgende Streitkräfte gegen die Russen vereinigt: die aus den Panzerschiffen „Mitsubishi“, „Mitsubishi“, „Fuji“, „Yasuhima“, „Schitshima“ und den Kreuzern „Mitsubishi“ und „Kajuga“ bestehende erste Division, die aus den Kreuzern „Yalumo“, „Kasagi“, „Tschioto“, „Tasafago“ bestehende zweite Division, die dritte Division, bestehend aus den Kreuzern „Mitsubishi“, „Idzumi“, „Matsushima“, „Tisuluschima“, „Faschidate“, dem Linienschiff „Tschin Jen“, und etwa 30 Torpedobooten. Das russische Geschwader manövierte in der Abicht, die Linie der feindlichen Schiffe zu durchbrechen. Inzwischen legten die japanischen Torpedobooten auf dem vom Geschwader eingeschlagenen Wege schwimmende Minen und erschwerten dadurch das Manörieren sehr. Um 1 Uhr nachmittags gelang es dem Geschwader nach einem Kampfe, der 40 Minuten währte, durchzubrechen und den Kurs auf Schantung zu nehmen. Der Feind folgte mit allen seinen Schiffen, holte das Geschwader langsam ein und begann um 5 Uhr wiederum den Kampf. Der Kampf währte mehrere Stunden, blieb jedoch unentschieden. Während desselben wurden der Geschwaderchef getötet und der Kommandant des Panzerschiffes „Cesarewitsch“ verwundet. Fast gleichzeitig blieben die Maschinen des „Cesarewitsch“ 40 Minuten lang stehen, wodurch die andern Schiffe gezwungen wurden, in seiner Nähe zu manörieren. Der Oberbefehl über das Geschwader ging auf den Fürsten Lichtomski über. Mit Anbruch der Dunkelheit nahm der „Cesarewitsch“, da er nicht im Stande war, dem Geschwader, das er aus den Augen verlor, zu folgen. Kurs nach Süden, um zu versuchen, selbständig nach Wladiwostok zu kommen. In der Nacht war er Torpedoboots-angriffen ausgesetzt; bei Tagesanbruch befand er sich beim Schantung-Vorgebirge. Am Mitternacht übernahm der älteste Offizier das Kommando. Nachdem er die Beschädigungen des Schiffes besichtigt hatte, stellte er fest, daß das Schiff Wladiwostok nicht erreichen könne. Der „Cesarewitsch“ begab sich daher zur Verbesserung nach Kantschou. Während des Kampfes wurden Admiral Wittöft und drei Offiziere getötet sowie acht Offiziere leicht verwundet, darunter der Kommandant des Panzerschiffes „Zwanow“. Die Zahl der gefallenen und verwundeten Mannschaften ist noch nicht genau festgestellt. Um 9 Uhr abends traf der „Cesarewitsch“ in Kantschou ein und fand dort den Kreuzer „Rowil“ und das Torpedoboot „Weschumny“ vor.

Der russische Konteradmiral Malusewitsch, von dem diese Depesche stammt, ist inzwischen, wie es heißt, seinen Wunden erlegen. Ueber die Beschädigung des „Cesarewitsch“, seine Verluste und den Tod des Admirals Wittöft besagt eine „Reuter“-Meldung noch folgendes:

Die Beschädigungen des „Cesarewitsch“ sind sehr schwer. Das Schiff war in dem Kampfe am 10. August vom Mittag bis Abend beständig dem feindlichen Feuer ausgesetzt. Um 1/2 12 Uhr zerfiel eine auf das Schiff fallende Granate den Admiral Wittöft. Man fand nur noch ein Bein von ihm. Vier in der Nähe befindliche Offiziere wurden ebenfalls getötet. Der „Cesarewitsch“ hatte insgesamt 15 Tote und 40 Verwundete. (?)

Die japanischen Verluste betragen nach einer Meldung aus Tokio:

Auf dem Panzerschiff „Mikasa“ 4 Offiziere 29 Mann tot, 6 Offiziere 29 Mann schwer verwundet, 4 Offiziere 49 Mann leicht verwundet; auf dem Kreuzer „Yalumo“ 1 Offizier 11 Mann tot, 10 Mann verwundet; auf dem Kreuzer „Mitsubishi“ 7 Offiziere 9 Mann tot, 2 Offiziere 15 Mann verwundet; auf dem Kreuzer „Kasuga“ 10 Mann verwundet; auf dem Torpedoboots-Zerstörer „Asagiri“ 2 Mann tot; auf einem der Torpedobooten 1 Mann tot, 8 Mann verwundet.

#### Die russischen Schiffe in Tsingtau entwaffnet.

Nach einer Depesche aus Tsingtau haben die russischen Schiffe „Cesarewitsch“ und drei Kreuzer (?) in Gegenwart des deutschen Gouverneurs die Flagge niedergeholt. — Die dazu noch mitgeteilt wird, wird die Mannschaft der Schiffe für die Dauer des Krieges in Tsingtau interniert werden.

#### Zwei gescheiterte Torpedoboots-Zerstörer.

Tschifu, 18. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Die es heißt, ist eine Schaluppe mit 60 russischen Marinemannschaften heute in Weihaiwei angekommen; man glaubt, es sind dies die Besatzungen zweier in der Nähe von Weihaiwei gestrandeten Torpedoboots-Zerstörer.

Weihaiwei, 19. August. Der russische Torpedoboots-Zerstörer „Durny“ ist im Süden des Vorgebirges von Schantung gescheitert; bald darauf wurde er in die Luft gesprengt. Drei Offiziere und 60 Matrosen von seiner Besatzung sind gestern abend hier eingetroffen und werden voraussichtlich nach Hongkong an Bord des englischen Kriegsschiffes „Dumber“ gesandt werden.

#### Der Kampf um Port Arthur.

Petersburg, 15. August. Ein Telegramm des Statthalters Alexejew an den Kaiser vom 13. d. M. lautet: Einem Bericht aus Port Arthur vom 10. August zufolge griffen die Japaner in der Nacht auf den 9. August nach einem fünfzehnstündigen Kampfe mit ungeheuren Streitkräften Takaschan und Siaoqushan an, nachdem sie vom Morgen des 8. August bis 9 Uhr abends ein starkes Feuer auf diese Berge unterhalten hatten. Die Japaner rückten nicht weiter vor. In der Nacht auf den 10. August machten sie während eines starken Regens Angriffe auf die Ostfront, die aber überall zurückgewiesen wurden. Gleichzeitig wurde ein Angriff auf der ganzen Front von den Wollbergen bis Takaschan unternommen, der Feind wurde jedoch überall zurückgeworfen. Die Festung wird seit drei Tagen beschossen.

Petersburg, 14. August. Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Chabin von gestern, Statthalter Alexejew passiert in der Nacht zum 14. d. M. Chabin auf der Reise nach Wladiwostok. Derselbe Agentur meldet aus Rulden von heute: Es verlautet, daß die japanische Armee vor Port Arthur Verstärkungen erhalten habe. Die Japaner hätten in zwei großen Gruppen Aufstellung genommen;

die eine auf den Höhen zwischen Lungwangtung und der Tachebuchi, die andre auf den Bergen zwischen den Buchten Luifa und Behn Schiffe; auch auf den östlich vom Wollfberge gelegenen Höhen sind Geschütze aufgestellt.

Tschifu, 15. August. (Meldung des „Reuterischen Bureaus“.) Ein von zuverlässiger Seite hier eingegangenes Telegramm besagt, daß heute früh 4 Uhr ein allgemeiner Angriff auf Port Arthur begonnen hat.

#### Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. August.

##### Afrikanische Verwilderung.

Einer der südwestafrikanischen Ansiedler, welche soeben vor dem Kaiser ihre Wünsche geäußert haben, ist daran gegangen, auch literarisch die deutsche Kolonialpolitik in die rechten Bahnen zu weisen. G. Schlettwein veröffentlicht eine Broschüre, welche die „Vossische Zeitung“ mit dem rühmenden Wort geleitet:

„Das Bäckelchen ist klar und überzeugend geschrieben und vertritt in jedem Satze, daß der Verfasser ernst und aufmerksamen Blickes die Entwicklung der Verhältnisse in dem Schutzgebiete verfolgt und die Frage, wie nach der Niederwerfung des Aufstandes eine Besserung geschaffen werden könne, eingehend geprüft hat, ehe er mit seinen Vorschlägen hervorgetreten ist.“

Das liberale Blatt der Lessingschen Erbschaft giebt dieses Geleitwort einer Schrift, die in folgender, wahrhaft Grausen erregender Darlegung gipfelt. Der südwestafrikanische Kulturträger schreibt:

„Wir stehen heute mit unserer Kolonialpolitik am Scheidewege, nach der einen Seite das Ziel: Gesunder Egoismus — praktisches Kolonisieren, nach der andern Seite: Uebertriebene Menschlichkeit und vager Idealismus — unvernünftige Gefühlsduselei. Die Hereros müssen jetzt zunächst bestraft werden, es darf auch nicht geduldet werden, daß sich wieder sogenannte Kapitäne an die Spitze stellen. In diesem Zweck müßten die jetzigen Häuptlingsfamilien beseitigt werden; die Männer, als Säbne für die nicht zu beschreibenden Greuelthaten mit dem Tode bestraft, die Weiber, wenigstens die Schwwestern der Kapitäne und deren Kinder, in Staatsgewahrsam abgeführt werden; denn das Volk muß nicht nur als solches unendlich gemacht, es müssen auch alle, jedes Nationalgefühl wieder erweckenden Faktoren beseitigt werden. Man muß den Hereros jetzt zur Arbeit zwingen, und zwar zunächst zu einer Arbeit ohne Entschädigung, nur für Beförderung. Sache der Regierung ist es, für Arbeit zu sorgen, und ein Arbeitszeugnis würde es für diese sein, wollte sie sagen: In der Kolonie ist keine Beschäftigung. . . . Sollte wirklich für die große Menge des Volkes doch nicht genügend Arbeit vorhanden sein, so mag man die Leute getrost als Plantagenarbeiter in unsere tropischen Kolonien, eventuell auch nach Südamerika in die Minen abgeben. Eine jahrelange Zwangsarbeit ist nur eine gerechte Strafe und dabei die einzig richtige Erziehungsmethode.“

Das Gefühl christlicher Nächstenliebe sowie die Agitation der durch sie geleiteten Missionspartei muß zunächst mit aller Energie zurückgewiesen werden. Was die mehr denn 60jährige Arbeit der Hereromission für einen Erfolg gehabt hat, hat jetzt die Welt gesehen. Gerade die sogenannten christlichen Hereros haben in vielen Fällen die unaussprechlichsten Roheiten und Schandungen an ihren Opfern verübt. Selbst die ältesten Missionare haben es nicht verhindern können, daß vor ihren Augen Leute, die sich zu ihnen geflüchtet haben, ermordet wurden. Trotzdem aber darf man nun nicht, wie es geschehen ist, den Missionaren allein die Schuld am Aufstieg zuschieben oder dieselben gar der Verdrängung beschuldigen wollen, weil sie, wie man schrieb, ruhig in ihren Häusern sitzen geblieben sind. . . .“

So schreibt ein Mann, der soeben die Humanität des deutschen Volkes anrief, daß es reichlich Mittel bewillige für die geschädigten Ansiedler. So zeigt sich die Geistesverfassung, die in der kolonialen Raubwirtschaft herangezogen wird. Alles was Civilisation ausmacht und was hier zu Lande doch wenigstens im Wort als hoch und heilig verkündigt wird, wird brutal verhöhnt und verstoßen. Hoch und heilig verkündigt man als werteste Güter des deutschen Volkes: Rationalgefühl und Christentum. Und der deutsche Kolonist erklärt: alles, was das Nationalgefühl erwecken kann, muß beseitigt werden! Er verteidigt sich zu der ungeheuerlichen Mißspielerei: Das Gefühl christlicher Nächstenliebe muß mit aller Energie zurückgewiesen werden!

So führt der „gesunde Egoismus“ der „praktischen Kolonisation“ zum entsetzlichen Verleumdung der menschlichen Verwilderung. Das Bekenntnis wirkt um so entsetzlicher durch die Offenheit, in welcher es abgelegt wird und welche zeigt, bis zu welchem Maße die kolonial-„Praxis“ das Bewußtsein der Entartung auflöst. —

##### Die Bierversteuerung.

Auch die „Hamburger Nachrichten“ bestätigen jetzt, daß die von den Regierungen geplante „Reform“ der Bierbesteuerung nicht nur auf die Staffeln dieser Steuer ziele, sondern zugleich auf die Erhöhung der Erträge. Es nütze nichts, sagt das Blatt, immer wieder zu versichern, daß eine solche Erhöhung nicht beabsichtigt werde; denn jeder Mann wisse, daß sehr wenig Aussicht sei, den Mehrbedarf des Reichs durch das demnach zu erwartende Mehrergebnis der Zollreform decken zu können, daß also auf eine ausgiebigere Verwendung der sonst im Besitz des Reichs befindlichen Steuerquellen Bedacht zu nehmen sein werde, und „niemand werde behaupten, daß unter diesen Quellen das Bier in erster Linie stehe. In absehbarer Zeit werde demnach allerdings der Plan einer ergiebigeren steuerlichen Ausnutzung des Bieres wohl greifbare Gestalt gewinnen.“

**„Jedermann weiß“**, daß die Reichsfinanzen ausgetrocknet sind wie die deutschen Flüsse in dieser Sommerdürre. Jedermann weiß, daß zur Auffüllung des Reichs-Finanzstromes der neue Hohlquell nicht reicht, daß zugleich neue militärische und marineische Saugapparate aufgestellt werden sollen. Jedermann weiß endlich, daß die Patrioten der „Namb. Nachr.“ nicht entfernt gefonnen sind, die Notlage der Reichsfinanzen aus dem Duell zu heilen, der überreichlich strömen würde, wollte man ihn eröffnen, aus dem Duell einer gerechten Reichs-Vermögens-, Reichs-Erbchafts- und Reichs-Einkommensteuer. Also muß das Bier bluten. Das hat dann auch den Vorteil, daß dem Junkerfusel reichlicher Abzug geschieht wird!

#### Die Auslieferung Dr. Kalowski's.

Wir haben berichtet, daß der frühere Redakteur des Posener Blattes „Praca“ Dr. v. Kalowski, der russischer Staatsangehöriger ist, nach der Verbüßung einer längeren Freiheitsstrafe an Rußland „ausgeliefert“ worden ist. Wir stellen auf Grund der zahlreichen Klagen-Erfahrungen der jüngsten Zeit alsbald die Anfrage, ob ein ordnungsmäßiges Auslieferungsverfahren stattgefunden habe und aus welchen Gründen Dr. v. Kalowski, der, nebenbei bemerkt, keineswegs Sozialdemokrat ist, ausgeliefert sei. Mittlerweile wird nur bekannt, daß Dr. Kalowski sich in seinem Heimatlande Rußland, das er seit langen Jahren verlassen hatte, nicht das geringste hat zu Schulden kommen lassen. Von einem Auslieferungsverfahren ist mithin nicht die Rede, vielmehr liegt wiederum eine jener schändlichen Ausweisungen vor, die einer Auslieferung gleichkommen, ohne daß irgendwelche zur Auslieferung nötige oder berechtigende Gründe vorhanden sind. Und dieser neue Fall kulturhändlerischer „Ausweisung“ über die russische Grenze ist um so beschämender, als Dr. v. Kalowski ausdrücklich den Wunsch ausgesprochen hat, über die österreichische Grenze das juristische Preußen verlassen zu wollen. Er beabsichtigte sich in Krakau niederzulassen, wo seine Frau seit längerer Zeit lebt. Dies wurde ihm verweigert und er wurde an die russischen Schergen überliefert, die den in Preußen wegen polnisch-oppositioneller Gesinnung Verurteilten natürlich in bekannter Art entpfehlen.

Dies Verfahren preussischer Behörden geht selbst noch über das hinaus, was der preussische Ministerpräsident als Regel für Ausweisungsfälle aufgestellt hat. Graf Bülow hat erklärt, daß „Ausweisungen“, welche gewalttätige Unternehmungen vorbereiten, nach Rußland gebracht werden sollen, sonst aber hat auch er die Wahl der Grenze für „politisch lästige“ Ausländer nicht verneint. Demnach wird dem bürgerlichen Polen Dr. v. Kalowski durch die unteren Behörden die Wahl der Grenze verweigert, er wird gegen seinen Willen gewaltsam an die russische Grenze „abgeschoben“, um dort der Kante anheimzufallen!

#### Wahlfälschungen.

Mit ersticklichem Eifer haben Polizei und Justiz nach Fällen verfahren, in denen Arbeiter unrechtmäßig bei der Reichstagswahl verfahren sein sollen. Es sind schließlich auch einige Prozesse erfolgt wegen doppelter Wahl.

Im Gegensatz zu diesem Verfolgungseifer, von dem wir früher mehrere Beispiele beibrachten, sieht die Nachsicht, welche die Justizbehörden in einem andern Falle bewiesen haben, der jetzt seinen Abschluß gefunden hat. Der Fall ist nach der „Frankf. Volksstimme“ folgender: Der gegenwärtige Bürgermeister von Bösgesäß (Wahlkreis Hanau), Anton Christian Raufsch, hat bei der letzten Reichstagswahl, bei der er Wahlvorsteher in Bösgesäß war, seinen Dienststuhl Joh. Möller aus Fischborn, nachdem derselbe bereits in Bösgesäß seine Stimme abgegeben hatte, durch ein Geldgeschenk veranlaßt, noch einmal in Fischborn zu wählen, da sein Name dort ebenfalls in die Wählerliste eingetragen war. Dieser Vorfall wurde von mehreren Einwohnern von Bösgesäß der Behörde gemeldet — von einer Anfrage war aber merkwürdigerweise nichts zu hören. Darauf machte Genosse Hoch eine Anzeige bei der Hanauer Staatsanwaltschaft. Er erhielt die Antwort: Der angezeigte Vorfall ist bereits Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens gewesen. Das Verfahren ist eingestellt. Zu einer Wiederaufnahme bietet der Inhalt Ihrer Anzeige keine Veranlassung.

Hierauf legte Genosse Hoch Beschwerde bei der Oberstaatsanwaltschaft in Kassel ein, die aber „nach Prüfung des Sachverhalts“ als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die Prüfung habe — so heißt es in der Begründung — ergeben, daß der Vorgang sich allerdings genau so abgepielt habe, wie in der Anzeige behauptet wird. „Seide Personen haben jedoch nicht mit dem zum Wahlstande des § 108 St.-G.-B. bezug. der Anstiftung erforderlichen Verstand, vielmehr in dem guten Glauben an die Zuständigkeit dieser Doppelwahl gehandelt und sind daher nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts nicht strafbar.“

Kun stellte Genosse Hoch beim Oberlandesgericht in Kassel den Antrag auf gerichtliche Entscheidung in dieser Sache. In diesem Antrage wurden auch Zeugen namhaft gemacht, welche bekunden konnten, daß beide Beschuldigte genau gewußt haben, daß Möller nicht zum zweitenmal wählen dürfe. Auch dieser Antrag wurde zurückgewiesen, da die aufgestellten Behauptungen eine Verletzung des Strafgesetzes nicht erkennen lassen.

Dem § 108 des Strafgesetzbuchs soll nicht das materielle Wahlrecht, sondern die äußere formale Regularität der Wahlhandlung sichern. Die Grundlage dieser Wahlhandlung sind die Wählerlisten. Wer die Echtheit und Richtigkeit dieser Listen besichtigt, z. B. wissenschaftlich zu Unrecht seinen Namen in die Listen bringt, gefährdet die äußere Regularität der Wahlhandlung und kann damit § 108 des Strafgesetzbuchs verletzen. Wer aber auf Grund äußerlich ordnungsgemäß aufgestellter unvollständiger Listen wählt, hat zwar an dem Orte, an dem er nicht wahlberechtigt ist, als ein Unberechtigter gewählt. Dies kann jedoch nur zur Ausscheidung seiner Stimme bei der Feststellung des Wahlergebnisses, nicht aber zur Anwendung des § 108 des Strafgesetzbuchs führen; denn die Regularität der Wahlhandlung wird durch solches Wählen nicht gefährdet, da jede Prüfung der Wählerlisten erkennen läßt, ob materiell besugt oder unbefugt gewählt wurde. (Verp. Entscheid. d. Reichsgerichts in Staatsfachen, Band 21, Seite 414.)

Im vorliegenden Falle ist zu Gunsten der Angezeigten noch zu erwägen, daß gerade die von Möller zuerst vorgenommene Wahlhandlung die materiell unbefugte war. Daß er hierzu von Raufsch bestimmt worden sei, und daß er hierbei sich seines mangelnden Rechtes bewußt gewesen sei, ist nicht behauptet. Die Ausübung des Wahlrechts in Fischborn, zu der ihn Raufsch veranlaßt haben soll, war sachlich und formal berechtigt. Liegt somit eine strafbare Handlung des Möller im Sinne des § 108 des Strafgesetzbuchs nicht vor, so kann eine solche des Raufsch als Anstifter, selbst wenn er Möller durch ein Geldgeschenk zur zweimaligen Ausübung des Wahlrechts bestimmt haben sollte, nicht in Frage kommen.

Es bleibt noch zu prüfen, ob nach dem der Entscheidung des Reichsgerichts unterbreiteten Sachverhalt ein Vergehen der Angezeigten gegen § 109 des Strafgesetzbuchs anzunehmen ist, da die Anzeige behauptet, daß Raufsch den Möller durch ein Geldgeschenk bestimmt habe, ein zweites Mal zu wählen. Aber auch dies ist zu verneinen. Denn zum Tatbestand des § 109 des Strafgesetzbuchs gehört es, daß dem Stimmberechtigten besondere Vorteile dafür gewährt werden, daß er bei der Abstimmung in einem gewissen Sinne stimme, und daß er sich verpflichtet, so zu stimmen. Daß das eine oder andere oder beides nicht in dem Antrag nicht behauptet worden und nicht daraus zu entnehmen. Vielmehr muß danach angenommen werden, daß Möller das angebliche Geldgeschenk von Raufsch nur dafür erhalten hat, damit er überhaupt abstimme.

Diese Auffassung des Kasserer Oberlandesgerichts sieht in ihrem ersten Abschnitt in von Gegenstand zu der Auffassung des

Verliner Landgerichts, das unsern Parteigenossen Dr. Herzfeld verurteilt hat, weil er, da sein Name in zwei Orten zu Recht in der Wählerliste stand, in dem einen Wahlkreis in der Hauptwahl, in dem andern bei der Stichwahl gewählt hat.

Besonders merkwürdig aber ist die Entscheidung des Kasserer Oberlandesgerichts insofern, als der Bürgermeister dem Knecht das Geld nur um deswillen gegeben haben soll, damit dieser nur „überhaupt“ abstimme. Dem Bürgermeister hat es danach ganz fern gelegen, daß der Knecht an der Niederstimmung des sozialdemokratischen Kandidaten helfen sollte! Wer außer den Richtern in Kassel glaubt dem Bürgermeister solche Befugnisse? —

**Kunst- und Photographiegesetz.** Die vor einiger Zeit gebrachte Mitteilung, wonach gefordert wurde, es werde der Kunstschöpfer-Gesetzgebung noch im Laufe des nächsten Tagungsabschlusses an den Reichstag zu bringen sein, darf nach den Berliner Politischen Nachrichten dahin ergänzt werden, daß, wenn sich ein solches Ergebnis erzielen läßt, gleichzeitig noch zwei andre Entwürfe dem Parlament unterbreitet werden würden. Und zwar würden dies ein Photographie-Gesetz und ein Entwurf über das photographische und künstlerische Verlagsrecht sein. Man wird sich erinnern, daß ein Entwurf zum Photographie-Gesetz bereits vor längerer Zeit in der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht wurde und damals die öffentliche Kritik in breitem Umfange heraufgefordert hat. Der Entwurf über das photographische und künstlerische Verlagsrecht ist im Reichs-Justizamt ausgearbeitet. Dieser Entwurf würde sich auf das bereits einige Zeit in Kraft befindliche Verlags-Gesetz anschließen.

Ein Soldatenelbstmord, der voraussichtlich eine eingehende Untersuchung veranlassen wird, ist in Brandenburg a. N. vorgekommen. Auf dem Abort in der Kaserne erschoss sich dort vor mittags zwischen 8 und 9 Uhr der Kanonier Hermann Klünder von der 5. schießenden Batterie des 3. Feld-Artillerie-Regiments General-Feldzeugmeister (I. Brandenburgisches) Klünder hat einen Bruder in Brandenburg a. N. zu wohnen, welcher über die Motive, die denselben zum Selbstmord getrieben, dem Regiment Mitteilung gemacht hat. Schon lange hat Klünder über das militärische Leben Klage geführt und wiederholt erklärt, daß es einmal sein gutes Ende mit ihm nähme. Der Bruder hat ihm dann stets Rat zugesprochen und hat dies auch am Donnerstag, wo er wieder den Besuch des Artilleristen erhielt, welcher ihm sagte, daß er von einem Remontepferd geschlagen worden sei und sich infolge dessen des Morgens so elend gefühlt habe, daß er sich nicht von seinem Bett erheben konnte. Wegen Gehorsamsverweigerung wurden Klünder deshalb fünf Tage strenger Arrest auferlegt, und dies ging ihm so nahe, daß er erklärte, er könne nunmehr das Soldatenleben nicht mehr ertragen. „Wir sehen uns nicht wieder“, sagte er beim Abschied zu seinem Bruder, und nach einer unruhig verbrachten Nacht hat sich Klünder durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet. Von militärischer Seite wird als Motiv zu dem Selbstmord nur die Strafe angegeben, doch ist eine eingehende Untersuchung des traurigen Falles durch die Angaben des Bruders veranlaßt worden.

**Odenburgische Wahlen.** Bei den Wahlen zum odenburgischen Landtage in Fürstentum Lübeck gewann die Sozialdemokratie bisher neun Stimmen, die Nationalsozialen haben gleichfalls fünf gewonnen. Beide Parteien zusammen verfügen über die Mehrheit.

## Hausland.

### Schweiz.

#### Fromme Absicht.

Rüsch, 12. August. (Eig. Ver.)

In einem österreichischen Arbeiterliede heißt es: „Hast, Adel und Kapital, sie stellen alle einmütig“. In der Schweiz behält zwar diese herrliche Tripelallianz nicht, da der Adel nur noch durch einige wenige Exemplare derer „von“ vertreten ist; allein um so fester ist die Doppelallianz zwischen Kirche und Geld, die in immer neuen Formen behätigt wird.

Seit Jahren klagt das schweizerische Unternehmertum, insbesondere dasjenige in der Textilindustrie, über Mangel an Arbeiterinnen, aber es verabsieht den Grund davon, der in elenden Arbeitslöhnen besteht, mit denen das gewiß ebenfalls genügsame einheimische Proletariat nicht bestehen kann. So verliert das Unternehmertum auf den Massenimport von jungen Italienerinnen, der gleich waggouweise betrieben wird. Im vollen Bewußtsein der Niedrigkeit und Anzugslosigkeit der von ihnen gezahlten Arbeitslöhne, die darum auch für die bedürftigsten Italienerinnen keinerlei Anziehungskraft hätten, werden den Eltern und Mädchen von den Fabrikanten oder ihren Agenten betrügerische Vorspiegelungen gemacht und ihnen höhere Löhne versprochen, als wirklich gezahlt werden und bei deren tatsächlichen Entrichtung sie aus genügend einheimischen Arbeiterinnen haben könnten. Zur Festhaltung der Italienerinnen, Bewachung ihrer Bedürfnislosigkeit und Geringfügigkeit, zur Unterwerfung unter eine wahrhaft skandalöse Justiz, haben raffiniert „spekulativ“ ausbeuterische Fabrikanten sogenannte „Arbeiterinnenheime“ errichtet, die, wie dies dem ganzen kapitalistischen Wohlhabensstand gegenüber geschieht, von der Geldkapresserie, ob liberal oder ultramontan, als neue bedeutende „Wohlfahrtsanstalten“ in überschwänglichen Phrasen gepriesen und gefeiert wurden.

Kun hat das schweizerische Arbeitersekretariat eine Reihe von Thatsachen festgesetzt und auf Grund deren eine längere, wohlmotiviertere Eingabe an das Industrie-Departement in Bern gemacht, um sein Einschreiten herbeizuführen. Den Anlaß dazu gaben drei Familien im Kanton Tessin, deren jugendliche Töchter unter falschen Angaben in die Aktieninspiziererei Burg am Wallensee geholt und dort in dem der Fabrik gehörigen und von katholischen Nonnen geleiteten „Arbeiterinnenheim“ untergebracht worden waren. Die Töchter, älterer drei, waren 14 Monate dort, mußten unter unangenehmen Umständen arbeiten und wurden im Arbeiterinnenheim völlig wie Justizhaussträflinge behandelt. Sie standen unter strengster Aufsicht, waren aller Freiheit beraubt, durften nur unter Aufsicht der Schwestern an ihre Eltern Briefe schreiben, die offenbar von ihnen diktiert wurden und die auch ankommende Briefe der Eltern lasen und für sich behielten. Zwei eingeschriebene Briefe, durch die die Töchter aufgefördert wurden, zu händigen und heimzukommen, gelangten nicht in die Hände der Mädchen, sondern wurden widerrechtlich zurückgehalten. Dafür wurden mit den jungen Mädchen ohne Wissen und Willen der Eltern „Verträge“ auf die Dauer von zwei Jahren abgeschlossen und ihnen das Verlassen der Fabrik und des Arbeiterinnenheims gegen Bezahlung einer Buße von je 50 Franc gestattet.

Arbeitersekretär Grealich suchte selbst mit dem Bevollmächtigten der Eltern die Fabrik und das Arbeiterinnenheim in Burg auf; unterwegs stiftete er dem Fabrikinspektor Dr. Wegmann einen Besuch ab. Grealich legte demselben die Rechnungsbücher der Mädchen aus dem Arbeiterinnenheim vor, in denen Lohnabzüge notiert sind für „Clemosina“, Rosenkränze, Heiligenbilder, Beiträge für Kapuziner und Pagen. Von diesen Praktiken und Geheimnissen des famosen „Arbeiterinnenheims“ wußte der Fabrikinspektor natürlich nichts, aber selbstverständlich verurteilte er sie. Und weiter erklärte er dem Arbeitersekretär Grealich, daß er bei seinen Besuchen nur gesehen hätte, daß das Arbeiterinnenheim von den Schwestern gut gehalten sei und billig Unterhalt gewähre. Von Verträgen auf längere Zeit und sonstigen Freiheitsbeschränkungen sei ihm nichts bekannt geworden; ein Reglement habe er fälschlich erhalten, es aber fortgeschickt, so daß es nicht da sei.

In Burg kostete es Grealich und dem Bevollmächtigten der Eltern die größte Mühe, die Freilassung der förmlich in Sklaverei gehaltenen Mädchen zu erlangen, wobei mit der Intervention des Polizeidepartements und der Staatsanwaltschaft in St. Gallen gedroht werden mußte. Wie Schloß auf seinem Schein, bestanden die frommen Schwestern, wahrhaft ideale Gemeinwesen, auf ihrem selbstgemachten Vertrag. Grealich konnte auch konstatieren, daß die Mädchen nur ohne die Gegenwart der Schwestern sich zu

lagen getrauten, was sie dachten und fühlten; sobald die Schwestern wieder da waren, sagten sie nur das, was diese gern haben wollten.

Grealich verlangt nun vom eidgenössischen Industrie-Departement in Bern die Unterstellung dieser Arbeiterinnenheime als Bestandteile der Fabriken unter das Fabrikgesetz und demgemäß Vorlegung der Reglements und Hausordnungen an die Behörden zur Genehmigung, die nur zu erteilen ist, wenn sie mit dem Fabrikgesetz in Übereinstimmung stehen. Die Ausgänge an Abenden, Sonn- und Feiertagen müssen vollständig frei, das Bräutigamswort unentgeltlich sein; vom Lohn darf nur der Betrag für Kost und Logis abgezogen werden, der übrige Teil ist den Arbeiterinnen zur freien Verfügung zu überlassen; der Preis für Kost und Logis ist in der Hausordnung oder durch Anschlag bekannt zu geben; Verträge auf Jahre sind zu verbieten; die Kündigungsfrist soll die Dauer von vier Wochen nicht übersteigen; die Teilnahme an religiösen Übungen ist frei zu stellen und jeder Zwang unstatthaft.

Die Grealich'sche Eingabe hat kulturhistorischen Wert, sie bringt eine Enttarnung neuer erschreckender Sklaverei, eines Bundes von Kirche und Geldkapital, von religiöser Heuchelei und geschäftlicher brutaler Vergeßlichkeit junger Arbeiterinnen zum Nutzen des Kapitals und der höheren Ehre der Kirche. Bereits hatte vor einiger Zeit unser Genosse Farrer Pfleger im Zürcher Kantonsrat die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese „Arbeiterinnenheime“ gelenkt, die aber sofort von interessierter bürgerlicher Seite als wahre Paradiese verdrängt wurden. Nun leuchtet man die Wahrheit, die auch ein charakteristisches Licht auf die geistlichen Agitatoren für die „christliche Gewerkschaftsbewegung“ wirft, die durch ihre Jesuitenerbsarbeit ebenso für das Kapital wirken wie die frommen Nonnen in den „Arbeiterinnenheimen“.

### Rußland.

**Petersburg, 15. August.** Der Vertreter des Ministeriums für Vollaussührung General Glasow wurde zum Minister ernannt. Der sibirische Generalgouverneur Fürst Dolenski wurde unter Belassung auf seinem Posten zum Generaladjutanten des Kaisers ernannt.

Der „Regierungsbote“ meldet die Schließung der Landesgrenze des Transkaspischen Gebietes nach Persien und Afghanistan wegen der Cholera. Die aus diesen Ländern kommenden Personen und Waren haben die neu eröffneten ärztlichen Beobachtungsstellen zu passieren.

### Türkei.

**Konstantinopel, 14. August.** Nachdem gestern abend die amerikanischen Forderungen von der Porte bewilligt worden sind, hat das amerikanische Geschwader heute Befehl erhalten, Smyrna zu verlassen.

Im Oberkommando der Internationalen Gendarmerie in Mazedonien steht eine Krisis unmittelbar bevor. General Di Giorgis beabsichtigt, seine Entlassung einzureichen. Di Giorgis hat sich gegen eine weitere Verneuerung der fremden Offiziere in Mazedonien ausgesprochen, während die Ententemächte Rußland und Österreich-Ungarn unbedingt am Verneuern derselben bestehen. Die Ententemächte wollen dem General Di Giorgis in dieser Frage eine Kompetenz nicht zugestehen, was diesen verlegt. Die italienische Diplomatie ist bemüht, eine Krisis zu vermeiden, doch ist bei den herrschenden Gegensätzen ein Erfolg kaum zu erwarten.

### Afrika.

Aus Tanger wird der „Kölnischen Zeitung“ vom 13. d. M. gemeldet, daß der verhaftete Sekretär el Wenechis mit säueren Verbrechen zusammengepackt und darauf nach Fez übergeführt worden ist.

## Partei-Nachrichten.

**Genosse Dreesbach**, der Reichstags-Abgeordnete für Mannheim, war am 13. August 60 Jahre alt. Die Parteigenossen Mannheims ehrten ihn durch eine festliche Veranstaltung. Dreesbach, der mit der Geschichte der Partei, namentlich in Baden, eng verknüpft ist, stammt aus Bilsdorf. Nach Absolvierung der Volksschule lernte er das Tischlerhandwerk und schloß sich schon 1867 dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein an. Der junge Mann wurde bald ein geschätzter Agitator und schon 1872 wurde ihm die händliche Agitation für Rheinland und Westfalen übertragen. Von 1874 bis 1875 leitete Dreesbach die Agitation in Baden, Württemberg und in der Pfalz, bei welcher Gelegenheit er im November 1874 in Stuttgart wegen Majestätsbeleidigung verhaftet wurde. Nach sechswochenlanger Unterdrückungshaft wurde er ohne Verhandlung auf freien Fuß gesetzt; durch die Unbekanntheit des Untersuchungsrichters war die Anwesenheit in Vergeßlichkeit geraten. (1) Ende 1875 war Dreesbach wieder im Rheinlande thätig, wobei er in Alde wegen Verächtlichmachung von Staatsanwaltschaften zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt wurde.

Im Jahre 1876 kam Dreesbach zum zweitenmal nach Mannheim, wo er nunmehr aus seinen händigen Wahlen nahm. Er wurde alsbald auf Verreiben der Staatsanwaltschaft hantenthal wieder in Untersuchungshaft genommen, mußte jedoch nach vier Wochen freigesprochen werden.

Von Mannheim aus, wo nach dem Gothaer Kongreß die beiden Abteilungen (Kasseler und Gienacher) sich ebenfalls geeinigt hatten, leitete Dreesbach im Verein mit Franz Joseph Ehrhart, Ludwigshafen und Philipp Mai (jetzt in Nordamerika) die Agitation für Baden und die Pfalz. An dem im Jahre 1877 gegründeten „Badischen Volksklub“, dessen Redaktoren er war, hatte Dreesbach hervorragenden Anteil. Das Blatt fiel am 28. Oktober 1878 dem Sozialistengesetz zum Opfer, nachdem von demselben 43 Nummern erschienen waren. Nicht besser erging es dem hiesigen herausgegebenen „Mitteldeutschen Nachrichten“, die nur viermal das Licht der Welt erblickten.

Dreesbach wurde jetzt Speereihändler, nachdem er als Redakteur überflüssig geworden und da durch das Schandgesetz jede öffentliche (mündliche und schriftliche) Agitation unmöglich war. Aber auch in seiner neuen Stellung leistete er der Sozialdemokratie hutzuliche Dienste; die brutalen Unterdrückungsversuche hatten seine und seiner Genossen Energie nur verhärtet und es wurde jetzt im Geheimen gearbeitet.

Nachdem das Schandgesetz nicht mehr beklagt worden war, konnte auch in Mannheim wiederum ein Arbeiterorgan gegründet werden; am 1. Mai 1890 erschien die erste Nummer der „Volksstimme“, an deren Gründung Dreesbach regen Anteil nahm und deren Redaktion ihm seit Jahren übertragen wurde.

Am 4. August 1894 wurde Dreesbach wegen Hochverrats verhaftet, nach einigen Tagen jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt; bei der Schlichtungsbehandlung am 20. Oktober desselben Jahres wurde er von der Anklage des Hochverrats freigesprochen, dagegen wegen Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu 50 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine umfangreiche parlamentarische Thätigkeit entfaltete er auch als Mitglied des badischen Landtages, als Mitglied des Reichstages und in der Gemeindeverwaltung Mannheims, wozu reiches Wissen und eine vorzügliche Rednergabe ihn befähigten.

Den Glückwünschen zu seinem Besten schließen auch wir uns nachträglich an.

Die Generalstreik-Resolution, die hier in der Friedberg-Versammlung angenommen wurde, sollte auch in Hannover in einer Gewerkschaftsversammlung, in der Gater referierte, notiert werden. Die Resolution wurde jedoch mit sehr großer Mehrheit abgelehnt.

**Wahlkreis Sarau-Kopf.** Der seit Renjahr 1904 bestehende Kreisverein hielt am Sonntag in Sarau seine erste Generalversammlung ab. Der Verein hat bei seiner Ausbreitung Schwierigkeiten zu überwinden, besonders Saalfeldkreisen auf den Dörfern, die von Amtspersonen und von Korporationalliberalen ausgehen; neuerdings scheint es aber, als wenn diese Kreise überwinden würden. Jauchstein war es erst möglich, fünf Ortsvereine zu gründen, die zusammen 1160 Mitglieder zählen. Die Ortsvereine beinhalten 2386,48 M. und schließen mit 500,74 M. Klassen-

Bestand ab. Die Centralasse hatte 1395,77 M. Einnahme, 1052,80 M. Ausgabe, 342,97 M. Bestand. In der Ausgabe sind enthalten 300 M. für Kreisverbreitung („Zukunftstaat der Junker“) und 800 M. an den Parteivorstand. — Beschlossen wurde, der Vereinsvorstand solle mit den Gewerkschaftsorganisationen des Wahlkreises in Verbindung treten zwecks Errichtung eines Arbeitersekretariats für den Wahlkreis.

Einer mitgeteilten Statistik über die Stärke der Partei im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. entnehmen wir folgendes:

Wahlkreis	Sozialdemokr. Reichstagswähler	Mitgliederzahl d. Kreisvereine	Abkommen der Wählervereine	Wählenden Volksstimme
Soran-Horst	10 604	1159	2700	
Kottbus-Spremberg	9 146	1391	2300	
Kalau-Ludau	9 163	427	950	
Guben-Zittben	5 940	420	800	
Frankfurt-Lebus	12 817	700	690	
Jänschau-Schwiebus	8 742	215	180	

In der Zahl für Schwiebus sind 64 Mitglieder des Berliner Vereins der Schwiebuser mitgerechnet; der Verein gehört der Kreisorganisation an. Die drei Kreise der Neumark und Sternberg mit zusammen 16 970 sozialdemokratischen Reichstagswählern sind ganz schwach organisiert und haben zusammen nur 250 Abkommen der „Wählenden Volksstimme“. Die in Jork erscheinende „Märkische Volksstimme“ hat 8500 zahlende Abkommen. — Die Kreisversammlung sollte den Beschluß, bei der Provinzialkonferenz zu beantragen, daß die Kreise der Niederlausitz mit Frankfurt-Lebus einen eignen Agitationsbezirk bilden können zwecks Förderung gemeinsamer Aufgaben; als Provinzvertretung soll aber die Berliner Kommission auch ferner verbleiben. Das gleiche Recht soll den zu einer gewissen Selbständigkeit gelangten Kreisen des Regierungsbezirks Potsdam gewährt werden. Die neue Organisation ist ähnlich gedacht wie die Organisation in Sachsen. — Der Dresdener Organisationsantrag wurde sympathisch aufgenommen, es wurde aber betont, daß erst durch Ausbau der Provinzorganisationen die Voraussetzung einer über das Reich sich erstreckenden zentralen Organisation geschaffen werden müsse. — Die Abänderung des Schiedsgerichts-Verfahrens wurde als notwendig bezeichnet, es wurde aber gewünscht, daß die Änderung gemäß den Vorschlägen eines früher im „Vorwärts“ erschienenen h. w. gezeichneten Artikels (präsenle Schiedsrichter-Liste und jeweilige Auslösung) erfolge. — Als Delegierte wurden gewählt zur Provinzialkonferenz Adert-Soran und Wiltrich-Horst, zum Parteitag Duder-Horst.

Ein sozialdemokratischer Kreistag fand am Sonntag in Halle statt. Bei der Besprechung des Punktes Agitation sagte man über die Abtreibung von Lokalen zu Versammlungen u. Ueber den Kontraktbruchs-Geschehnisse im preussischen Landtag referierte der Reichstags-Abgeordnete Genosse Kuntz. Es gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Der Kreistag protestiert im Sinne des Referats gegen den preussischen Gesetzentwurf betreffend die Verschärfung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gefindes, weil die Verarmelung eine solche Gefesfabrikation für eine Berufsverklärung und schwere Schädigung der erwähnten Arbeiterkategorie sowie auch ferner den Berufsentsatz für einen schamlosen Einbruch reaktionär-partikularistischer Bestrebungen im Reichsrecht und Reichsverfassung zu Gunsten des volkfeindlichen Junker- und Agrarierkreises betrachten.“

Ueber das Reichstags-Wahlrecht und die Herrenhäuser sprach der Genosse Albrecht. Die Versammlung nahm hierzu eine Resolution an, nach der sie sich bereit erklärte, alle eventuellen Angriffe gegen das Wahlrecht abzuwehren. Der Abkommenstand des Partei-Organs hat zugenommen. Die Anstellung eines besoldeten Vertrauensmanns wurde in Aussicht genommen.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Bei den am letzten Sonntag nach dem Provoz im Kanton Solothurn stattgefundenen Gemeindevahlen errang unsere Partei in einer Reihe von größeren Gemeinden hübsche Erfolge. In Olten wurden auf 10 Mitglieder 6 (bisher 3) Sozialdemokraten gewählt, in Grenchen auf 30 deren 13, in Solothurn 2 (bisher 3), in Yverist auf 19 deren 3, in Derezlingen auf 21 deren 11, so daß die Sozialdemokraten hier die Mehrheit besitzen; in Selzach und Wädwil wurden je 2, in Hägenort, Wangen und Trimbach je 1 gewählt. In den letzten fünf Gemeinden hatten unsere Genossen bisher keine Vertretung im Gemeinderat, sie haben eine solche nunmehr in elf Gemeinden.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Deutsche Verlammlungsfreiheit. Einem Wirt in Unna (Märkischer) wurde von der dortigen Polizeiverwaltung aufgegeben, während der Dauer des dortigen Mauerstreiks sein Lokal von 7 Uhr bis früh 9 Uhr zu schließen und keine Wäre darin zu dulden. Es bedurfte erst mehrfachen Beschwerden beim Regierungspräsidenten, deren Entscheidung sechs Tage in Anspruch nahm, um die Aufhebung dieser ungeschicklichen Maßregel zu erreichen.

## Aus Industrie und Handel.

Aus dem deutschen Brauwerke. Nach dem soeben erschienenen Wollischen Jahrbuch für die deutschen Aktienbrauereien ist die Zahl derselben im Jahre 1903 von 479 auf 484 Gesellschaften gestiegen; 12 Gesellschaften sind neu hinzugegetreten und 7 ausgehieden. Der Abzehr erhöhte sich von 26 640 426 Hektoliter auf 27 170 965 Hektoliter und hat somit, da die neuen Gesellschaften 556 602 Hektoliter beizubringen, bei den alten um 26 063 Hektoliter oder 0,09 Proz. abgenommen.

Der Rohgewinn vermehrte sich von 3,37 auf 3,54 M. pro Hektoliter. Der Reingewinn vergrößerte sich von 9,53 Proz. auf 10,29 Proz. des Aktienkapitals. Einen größeren Reingewinn verzeichnen 310 Brauereien, während 155 das Vorjahr nicht erreichten und 19 den gleichen Ertrag wie im Vorjahre aufweisen. 39 Brauereien mit 25 292 100 M. Aktienkapital besaßen einen Verlust von 2 821 848 M. oder 11,15 Proz. des Aktienkapitals. Die Dividende liegt von 7,12 Proz. auf 7,42 Proz.

Die Zahlen beweisen, daß im ganzen das Brauwerke noch immer einen recht ansehnlichen Profit abwirft.

Schalle-Gesellschaften. Die Interessengemeinschaft zwischen dem Schaller-Gruben- und Hüttenverein und der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft soll derzeit durchgeführt werden, daß die Gelsenkirchener Gesellschaft die Aktien des Schaller Vereins übernimmt, der Betrieb des letzteren aber selbständig fortgeführt wird. Es soll also ein ähnliches Verhältnis geschaffen werden, wie es zwischen der Norddeutschen Bank in Hamburg und der Distanto-Gesellschaft besteht, die bekanntlich sämtliche Aktien des Hamburger Instituts im Besitz hat. Die Absicht einer direkten Verschmelzung beider Gesellschaften besteht vor der Hand nicht.

Japans Finanzen. Daß Japan Schlachten zu schlagen vermag und seine Kriegsführung der russischen bei weitem überlegen ist, hat es in dem letzten Jahre seit Beginn des Krieges glänzend bewiesen. Eine andere Frage aber ist, ob seine Finanzen, falls der Krieg sich noch lange hinzuziehen sollte, die dadurch hervorgerufene Belastung aushalten werden. Nach japanischen Blättern hat sich darüber jüngst ein bekannter japanischer Politiker, Graf Okuma, geäußert. „Wir können nicht“, erklärte er nach einem Bericht der „Nän. Zeitung“, berechnen, welche Summe erforderlich ist, um den Krieg zu einem erfolgreichen Ende zu führen. Der Krieg kann möglicherweise bis zum nächsten Jahre dauern; da die stehende Armee, die ersten und zweiten Reserveen bereits im Felde stehen, müssen wir vielleicht zur Einberufung der Landwehr schreiten. In diesem Falle können sich die Kriegskosten auf 2 Millionen Yen (1 Yen = 2,10 M.) für den Tag steigern, und das Budget für das nächste Jahr mag die gegenwärtige Ziffer um 600 bis 700 Millionen Yen übersteigen. Wird unser Volk im Grunde sein, diese schwere Last zu tragen? Die Kriegs-Zusatzsteuer, die peinlichste Sparfamkeit in allen Verwaltungszweigen, die Stillierung des Regierungs-

programms für öffentliche Arbeiter kann nicht mehr als etwa 100 Millionen einbringen. Der Höchstbetrag von 500 Millionen muß durch Kriegsanleihen und Vorläufe der Nippon Bank gedeckt werden. Ob eine so große Summe ohne Erschütterung unsres Finanzsystems beschafft werden kann, ist sehr fraglich. Bis zum Ende des Jahres, wenn es nicht insofern zum Frieden kommt, werden Obligationen im Gesamtwerte von 900 Millionen emittiert sein. Nach Bezahlung der darauf fälligen Zinsen wird höchstens ein dürftiger Betrag von etwa 100 Millionen von dem Ergebnis der speziellen Kriegsteuern übrig bleiben. Während der ersten, dem Friedensschluß folgenden Jahre werden unsre gewöhnlichen Finanzen eine äußerst sorgfältige Behandlung zu erfahren haben. Nachdem unsre Flotte zwei Jahre Kriegsdienste geleistet hat, wird die Hälfte unsrer Schiffe verbraucht, und ein bedeutender Betrag wird erforderlich sein, um sie durch neue zu ersetzen und die übrigen wieder herzustellen. Der größte Teil der Feldgeschütze wird unbrauchbar sein und neu angeschafft werden müssen. Aber das ist noch nicht alles. Wenn wir siegreich bleiben, werden wir die Eisenerz- und die Verdacht anderer Nationen erregen, und alle Seemächte mit Ausnahme Australiens werden ihre Flottenstärke im Osten wesentlich erhöhen. Wir werden genötigt sein, mit ihnen auf derselben Höhe zu bleiben, und eine Vergrößerung unsrer Flotte um mindestens 60 000 Tonnen dürfte unvermeidlich sein. Noch mehr, die gegenwärtige dürftige Bewilligung von 200 000 Yen jährlich für die Gefandtschaft, die Schwimwagen und Gendarmerie in Korea ist äußerst ungenügend. Die Aufrechterhaltung unsrer Position und unsres Prestige in Korea dürfte viel größere Ausgaben erfordern. Außerdem werden die russischen Anträge auf Liautung auf uns übergehen, und mit dem Wachsen unsres Einflusses auf dem Festland werden schwere Kaiten entstehen. Wenn wir lediglich die dringenden, gar nicht zu umgehenden Ausgaben in Anschlag bringen, werden unsre jährlichen Ausgaben sich mindestens auf 450 Millionen belaufen, und wir müssen notgedrungen neue Einnahmequellen schaffen.“

Leider fehlen genaue Angaben über den heutigen Stand der japanischen Staatsschuld. Nach dem vom Bureau de la Statistique générale du Cabinet Impérial herausgegebenen Refumé statistique de l'Empire du Japon von 1902 betrug die öffentliche Schuld Japans 1900/1901 510 189 078 Yen gegen 508 Millionen im Jahre 1899/1900. Für den Dienst der Anleihen waren im Staatshaushalt 1901/1902 37 851 919 Yen, im Jahre zuvor 34 841 135 Yen bestimmt.

Nach neueren Angaben stellte sich die öffentliche Schuld am 31. März 1902 wie folgt:

Unverzinsliche Schuld . . . . .	26 389 000 Yen
4 prozentige Schuld . . . . .	97 630 000 „
5 prozentige Schuld . . . . .	400 207 050 „
Papiergeld . . . . .	1 591 416 „
	525 817 556 Yen

Der Dienst für die öffentliche Schuld wurde im Staatshaushalt 1902/1903 mit 43 585 183 Yen angegeben. Nach Ausbruch des Krieges hat die japanische Regierung zwei 3prozentige Anleihen von je 100 Millionen Yen auf den japanischen Markt gebracht, sie hat ferner den englischen und den amerikanischen Weltmarkt mit einer 3prozentigen Anleihe von 100 Millionen Yen in Anspruch genommen, so daß sich mittlerweile die Staatsschuld bereits um 300 Millionen Yen erhöht hat. Nach einer Meldung der letzten Tage ist die japanische Regierung ferner zur Ausgabe von 20 Millionen Yen Kassenscheinen übergegangen, und es ist zu erwarten, daß sie von der Ausgabe solcher Scheine noch in weitem Umfange Gebrauch machen wird.

Die Kohlenproduktion der Vereinigten Staaten von Amerika schreitet mit Riesenschritten vorwärts. Davon giebt der jüngst vom amerikanischen Bundesbureau für Geologie veröffentlichte Bericht über die Kohlenproduktion im letzten Jahre aufs neue Zeugnis. Die letztjährige Kohlengewinnung belief sich insgesamt auf 359 421 311 Netto-Tonnen (von je 2000 Pfd.) und sie war damit um 57 830 872 Tonnen oder um 19 Proz. größer als die des Jahres 1902, welche sich auf 301 590 439 Tonnen stellte. Noch auffälliger ist die Zunahme des Wertes der Ausbeute, denn die des letzten Jahres repräsentierte einen Wert von 500 190 783 Dollar, im Vergleich mit einem solchen von 367 032 069 Dollar im 1902, wozu sich eine Zunahme von 137 158 664 Dollar oder um nahezu 38 Proz. ergibt. So daß dem Werte nach eine noch einmal so große Zunahme zu konstatieren ist, als bezüglich der Menge.

Von der Totalziffer entfallen auf die Produktion von pennsylvanischer Anthracitkohle 74 318 919 Netto-Tonnen (68 351 713 Brutto-Tonnen von je 2240 Pfd.), im Werte von 152 036 448 Dollar. Diese Ziffern stehen im starken Gegensatz zu denen für das vorhergehende Jahr, was sich daraus erklärt, daß in dem letzteren der sieben Monate währende Streik der pennsylvanischen Kohlenräuber die Jahresproduktion stark beeinträchtigt hatte, daher in 1902 nur 41 373 506 Netto-Tonnen (38 940 710 Brutto-Tonnen) Hartkohle im Werte von 76 173 586 Dollar gewonnen worden waren. Unter solchen Umständen war das letztjährige Resultat hinsichtlich der Menge um nahezu 80 Proz. und dem Werte nach um nahezu 100 Prozent besser. Die Weichkohlenausbeute belief sich dagegen in 1903 (unter Einrechnung von Holz-, Braun- sowie Semi-Anthracit- und Semi-Weichkohle) auf 285 157 392 Netto-Tonnen im Werte von 354 154 285 Dollar. Demgegenüber stellte sich in 1902 die Produktion auf 200 216 844 Netto-Tonnen und bewertete sich auf 290 858 483 Dollar.

Die Hauptmasse der Kohlen, fast ein Drittel, lieferte Pennsylvanien, dann folgen Illinois, Ohio, West-Virginien, Alabama, Indiana und Colorado.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Streik und Aussperrung der Formner.

In der gestrigen Formner-Versammlung wurden eingehend die Maßnahmen besprochen, die durch das prägige Eingreifen der Rühnemänner in den Gang der Einigungsverhandlungen zwischen den Streikenden und der Firma Schwarzkopff notwendig geworden sind. Aus einer Mitteilung des Vertrauensmannes ging hervor, daß die Firma, als ihr am Sonnabend die Antwort der Streikenden auf das von den Rühnemännern „korrigierte“ Gegenangebot übermittelte wurde, ihrer Bereitwilligkeit, auch fernerhin mit der Streikkommission zu verhandeln, Ausdruck gegeben habe. Die Versammlung hatte gegen etwaige weitere Verhandlungen zwischen der Firma und der Streikkommission auch nichts einzuwenden, vorausgesetzt, daß als Grundlage derselben die zuletzt formulierten Forderungen der Streikenden gelten sollten. Einmütig wurde erklärt, daß von diesen Forderungen nichts abgesehen werden könne, weil sie lediglich nur das Mindestmaß dessen enthalten, was zu einer leidlichen Gesunderung der Verhältnisse in der Schwarzkopffischen Gießerei erforderlich ist. Eine weitere Voraussetzung der Einigung mit der Firma ist die Ausschaltung des Metallindustriellen-Verbandes bei den Verhandlungen. Die Mitwirkung dieser Arbeiter-Geber-Organisation werden die Streikenden nur dann zulassen, wenn die Rühnemänner sich in aller Form bereit erklären, mit der in Frage kommenden Arbeiter-Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, als gleichberechtigten Faktor zu verhandeln. Mehrere Redner bemerkten dazu noch, es sei ja sehr anerkennenswert, wenn die Firma Schwarzkopff auch jetzt noch zu Weiterverhandlungen bereit sei; jedoch nach den kürzlich gemachten Erfahrungen sei es sehr zweifelhaft, ob dabei etwas herauskomme, zum mindesten dann, wenn die Firma den Annahmen der Rühnemänner nicht energischer entgegenzutreten wisse als bisher. Legte die Firma wirklich Wert auf einen geächtlichen Abschluß der Verhandlungen, dann möge sie es doch so machen, wie die Firma Finck beim Gärtler- und Trüderstreik, die dem Beschluß der Rühnemänner, ihre Arbeiter aufzusperren, einfach

keine Folge leistete, weil sie keinen Anlaß zur Aussperrung sah. Mit scharfen Worten wurde sodann der unehörte Eingriff des Metallindustriellen-Verbandes in die letzten Einigungsverhandlungen gebrandmarkt. Hier zeige es sich offensichtlich, daß die Rühnemänner eine Maßprobe mit den Berliner Metallarbeitern vom Zaune brechen wollen, ganz unbekümmert darum, ob die Industrie darunter leide oder nicht, und Tausende von Arbeitern brotlos gemacht werden. Dem wenn die gegenwärtige Aussperrung der Formner noch eine Zeitlang andauere, dann würden ganz naturgemäß auch bald weitere Kategorien von Metallarbeitern in die Aussperrung einbezogen werden müssen, da für diese ja keine Vorarbeiten fertig seien, und sie für die Fabrikanten überflüssig seien. Es stehe also aller Wahrscheinlichkeit nach ein Kampf bevor, der noch bedeutend größere Dimensionen annehmen könne wie im Jahre 1897. Entbrenne dieser Kampf erst in seiner ganzen Größe, dann gäbe es auch kein Zurück mehr, dann müsse er Nacht gegen Nacht ausgelämpft werden, ganz gleich wie er endet. Schon zu lange habe der Druck des verächtlichen Rühnemänner-Verbandes wie ein Alp auf den Berliner Metallarbeitern gelegen. Und nicht nur die Berliner Metallarbeiter, sondern die Metallarbeiter ganz Deutschlands, ja die gesamte deutsche Arbeiterkategorie aller Berufe haben jahrelang unter der brutalen Taktik der Rühnemänner zu leiden gehabt, weil gerade diese Specialgruppe von Unternehmern in exponiert arbeitereindlichem Sinne auf alle übrigen Unternehmer-Vereinigungen eingewirkt hat. Deshalb werde auch die ganze deutsche Arbeiterkategorie, ja das ganze internationale Proletariat hinter den Berliner Metallarbeitern stehen, sobald die Aussperrung und damit der Kampf ins Große geht. Diesen Kampf können die Metallarbeiter dann vor aller Welt verantworten, weil er ihnen in brutaler Weise, ja so zu sagen aus purem Uebermut von den Rühnemännern aufgezwungen wird. Und wie sein Ausgang auch sein möge: Lieber würden die Berliner Metallarbeiter ehlich unterliegen, als daß sie einen Kassenschlag zu den verächtlichen Rühnemännern antreten würden. Von dem Stande der Dinge seien nicht nur alle Hauptorte Deutschlands unterrichtet worden, sondern auch der internationale Arbeiterkongreß in Amsterdam hat telegraphisch Kenntnis von dem Gewaltstreik der Rühnemänner erhalten. Deshalb könne man jetzt auch kalten Blutes der Weiterentwicklung der Dinge ruhig entgegensehen.

Die Versammlung beschloß sodann einstimmig, daß von jetzt ab nicht nur die Schwarzkopffische Gießerei, sondern alle Arbeit, die von den Aussperrten verfallen werden mußte, als Streikarbeit zu betrachten und deshalb zu verweigern ist. Die Special- und Maschinenformner werden von Fall zu Fall von der Verwaltung Anweisung erhalten, wie sie sich in dieser Sache zu verhalten haben. Der ringfreie Gießereien wird es freigestellt, Kundengutz anzufertigen, das heißt solche Arbeit zu übernehmen und auszuführen, die aus Fabriken kommt, welche selbst keine eigene Gießerei haben. Bedingung hierbei ist jedoch, daß die durch die Mehrarbeit notwendigen Arbeitskräfte aus den Reihen der arbeitslosen, streikenden oder ausgesperrten Berliner Formner zu entnehmen sind, nicht aber auswärtige eingestellt werden.

Mit der Aussperrung und dem Verhalten der Rühnemänner werden sich am Mittwoch in Berlin und Umgegend fünfzehn öffentliche Metallarbeiterversammlungen beschäftigen.

Zum Glaserstreik wird mitgeteilt, daß sich täglich neue Firmen melden, die den Tarif unterschreiben anerkennen. Die meisten von ihnen wünschen jedoch nicht, daß ihre Namen bekannt gegeben werden. Demgegenüber legt Herr Rud. Kremplow, Glasermeister, Potsdamerstr. 143, Gewicht darauf, öffentlich bekannt zu geben, daß er die Forderungen der Gesellen bewilligt hat. — Das es mit den Brauereien der Innung auf sich hat, als ständen den Meistern Gesellen in genügender Zahl zur Verfügung, zeigt u. a. auch die Tatsache, daß sich der diesige Innungsvorstand fast scheidend an die Potsdamer Glaserinnung um Ueberlassung von Gesellen gewandt hat. Der Innungsvorstand dürfte seine Rechnung jedoch ohne die Solidarität der Potsdamer Glaserstellen gemacht haben.

Streik der Marmorflußteure. Am Sonntag haben die Marmorflußteure in ihrer Branchensammlung beschlossen, die Arbeit am Montag bei allen den Firmen niederzulegen, die die Forderungen nicht bedingungslos anerkannt haben. Es sind das im ganzen zehn Firmen. Die bereits im „Vorwärts“ mitgeteilt wurde, haben zwei Firmen bewilligt; noch eine Firma hatte am Sonntag ihre Unterchrift gegeben, jedoch einige Abänderungen im Tarif vorgenommen, unter anderem die, daß das Polieren, das von den anderen Firmen besonders bezahlt wird, im Accordpreis mit verrechnet sein soll. Da nun grundsätzlich keine Ausnahmen mit einzelnen Firmen gemacht werden können, konnte diese teilweise Bewilligung nicht als befriedigend anerkannt werden, so daß auch diese Firma für die Arbeitsniederlegung in Betracht kommt. Außerdem waren auf die an fünfzehn Firmen versandten Forderungen keine Antworten eingelaufen. Einige Arbeitgeber haben sich jedoch ihren Arbeitern gegenüber teilweise entgegenkommend geäußert; zum Beispiel will einer wohl den Minimallohn von 7 M., ja sogar vom nächsten Frühjahr ab 8 M. bewilligen, doch die neunstündige Arbeitszeit beibehalten; ein anderer will wohl die achtstündige Arbeitszeit einführen, sich aber nicht zur Zahlung des Minimallohnes verpflichten.

Von den 15 Firmen kommen übrigens drei für den Streik nicht in Betracht, da sie zur Zeit keine Marmorflußarbeiten ausführen. Im Laufe des gestrigen Tages ist die Zahl der Firmen, die die Forderungen ohne jede Einschränkung bewilligt haben, auf sieben gestiegen. Sie beschäftigen zusammen 19 Marmorflußteure. In den übrigen noch in Betracht kommenden fünf Geschäften wurde die Arbeit niedergelegt; darunter sind zwei, die Firmen Hauser und Vogt, die ihre Unterchrift wohl gegeben, aber gewisse Einschränkungen gemacht hatten, die von den Arbeitern für unannehmbar erklärt wurden. Vorher bei diesen beiden, ist die Arbeit noch bei folgenden Firmen niedergelegt worden: Winkelmann, Dräger, Werluzzi, Brahm und Böller. Die Zahl der Streikenden ist 29. — Seitens der Ortsverwaltung des Flußteureverbandes werden die Arbeiter aller Bauberufe aufgefordert, die arbeitenden Marmorflußteure nach ihren Arbeitsberechtigungsarten zu fragen.

### Deutsches Reich.

Achtung, Holzarbeiter! In Halle a. S. befinden sich 400 Tischler und Maschinenarbeiter in der Lohnbewegung. Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um sofortigen Abdruck gebeten. Alle Anfragen sind zu richten an Max Schnabel, Liebenauerstraße 11.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Halle a. S.

#### Die Banarbeiter-Aussperrung im Mainthal beendet.

Der Friedensschluß ist schneller gekommen, als man allgemein geglaubt hat. Als am Dienstag die Verhandlungen abgebrochen und abermals auf Freitag vertagt wurden, war man in Arbeiterkreisen der festen Ueberzeugung, daß sich der Kampf noch lange hinzuziehen werde. Demgegenüber wurden auch die Maßnahmen getroffen und noch möglichst viel Aussperrte in die Industriegebiete abgeschoben. Aber die Unternehmer haben eingesehen, daß der Zweck ihrer Aussperrung vereitelt war, und deshalb schenken sie sich nach einem Friedensschluß. Die Arbeiter können mit dem Erfolge des Kampfes vollaus zufrieden sein. Einmal sind durch denselben ihre Organisationen gestärkt worden und dann haben sie auch materielle Vorteile errungen. Zweck der Aussperrung war bekanntlich, die Organisationen

der Bauarbeiter zu zerstören, damit es endlich einmal Ruhe im Baugewerbe gebe. Aber das gerade Gegenteil ist eingetreten: geschloffen und kräftiger gehen die Arbeiter aus dem Kampfe hervor. Das geplante Attentat auf das Koalitionsrecht ist glänzend abgefallen worden. Ja noch mehr: die Unternehmer, die anfangs bedingungslos Unterwerfung forderten, haben sich nach zweiwöchentlichen Kämpfen zu ganz bedeutenden Konzessionen herbeilassen müssen. Diese bestehen in einer einheitlichen Regelung der Lohnverhältnisse, Regelung der Arbeitszeit und Ueberstundenbezahlung und Abschluß eines langjährigen Arbeitsvertrages. Mit Ausnahme der Städte Friedberg, Aschaffenburg und Wiesbaden, wo die Verträge nur bis 1906 Gültigkeit haben, laufen sie überall bis 1. März 1908. Und zwar wurde der ortsübliche Stundenlohn für Maurer wie folgt festgelegt:

	1904	1905	1906	1907	1908
Aschaffenburg . . . . .	40	40	42	—	—
Darmstadt . . . . .	42	44	45	46	46
Frankfurt a. M. . . . .	48	50	52	54	54
Friedberg-Kaufheim . . . . .	38	38	40	—	—
Hanau a. M. . . . .	40	42	43	44	44
Höchst-Griesheim a. M. . . . .	43	45	46	48	48
Mainz . . . . .	45	47	48	49	50
Offenbach a. M. . . . .	44	45	47	48	48
Wiesbaden . . . . .	45	46	—	—	—

für Zimmerer

Darmstadt . . . . .	42	44	45	46	46
Frankfurt a. M. . . . .	48	50	52	54	54
Hanau a. M. . . . .	40	42	43	44	44
Höchst-Griesheim a. M. . . . .	38	40	41	42	42
Offenbach a. M. . . . .	43	45	47	48	48

Aus dieser Tabelle geht deutlich hervor, daß in den Orten Aschaffenburg, Friedberg-Kaufheim und Wiesbaden, wo die Bauarbeiter noch ziemlich schwach organisiert sind, auch die Unternehmer in ihren Konzessionen zurückhaltender waren. Die Arbeitszeit wurde allgemein auf 10 Stunden festgesetzt, mit zwei Stunden Pause für Frühstück, Mittagessen und Wesper. Außer den Bestimmungen über Zuschläge bei Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist ferner noch vereinbart, daß der Lohn Sonnabends während der Arbeitszeit und vor 5 Uhr ausbezahlt werden muß. Die Lohnzahlung nach Feierabend geschieht auf Kosten des Arbeitgebers. Von großer Wichtigkeit für die Arbeiter ist die Bestimmung, daß die Lohnauszahlung durch sogenannte Partieführer unzulässig ist. Damit ist ein für allemal mit dem unhaltbaren System gebrochen, daß Arbeiter durch Arbeiter ausgebeutet werden. Aus den allgemeinen Bestimmungen ist noch hervorzuheben, daß die Agitation während der Arbeitszeit und auf den Baustellen untersagt ist. Dabei werden aber Pausen nicht als Arbeitszeit betrachtet. Auch haben die Unternehmer ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Zugehörigkeit zu einer Organisation kein Entlassungsgrund sein soll. Darin liegt u. E. mit der Hauptwert der Vereinbarungen. Die Unternehmerverbände haben die Arbeiterorganisationen als gleichberechtigte Faktoren anerkannt. Die Unternehmer werden bald einsehen, daß das nur von Vorteil für sie ist. Hoffentlich ziehen sie aus diesem Kampfe die Lehre, daß Scharfmachereien, wie sie von dieser oder jener Seite beliebt und beabsichtigt waren, im Zeitalter starker gewerkschaftlicher Organisationen ihren Zweck nicht erreichen.

In Frankfurt, Wiesbaden, Mainz wird die Sperre schon am Montag aufgehoben und die Arbeit wieder aufgenommen.

**Ausstellungen, die man fürchtet.**

Die Leitung der Internationalen Kunst- und Gartenbau-Ausstellung in Düsseldorf hatte einen Allgemeinen Gärtnerkongress geplant und hatten sich die Unternehmerorganisationen begeistert für das Projekt ausgesprochen. Folgende Punkte waren zur Verhandlung bestimmt:

1. Die Stellung und die Bedeutung des Gärtnerstandes im Kulturleben eines modernen Staates.
2. Das gärtnerische Schulwesen.
3. Die Tariffragen (Eisenbahn- und Schiffsfahrtspreise für Gärtnerprodukte).
4. Einrichtung von Gartenbaukammern.
5. Die soziale Bedeutung der Blumenpflege.

Als Referenten hatte man Gartenbaudirektoren größerer Städte oder Unternehmer bestimmt, die auf den genannten Gebieten als Autoritäten gelten.

Von seiten der organisierten Gärten wurde, als das Projekt bekannt wurde, das Ersuchen an die Ausstellungsleitung gerichtet, ihre Teilnahme an dem Kongress zu ermöglichen. Die Leitung billigte den Gärten bereitwillig zwei Korreferenten zu, und zwar sollte der eine den Standpunkt der Gärten zur Frage der Gartenbaukammern präzisieren, während der andre über die Frage der Bildung von Tarifgemeinschaften zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und zur Bekämpfung der Schleuder Konkurrenz zum Gärtnergewerbe referieren sollte.

Nachdem dies nun festgelegt ist, wollen die Unternehmer nicht mitmachen, wird doch mitgeteilt, daß der Gärtnerkongress, nachdem der Termin der Tagung schon einigemal verschoben ist, gar nicht stattfinden soll. Die Unternehmer fürchten, daß bei dem Thema: „Lohn- und Arbeitsbedingungen im Gärtnergewerbe“ Dinge zur Sprache kommen werden, die kein gutes Licht auf das soziale Empfinden der Gärtner-Unternehmer werfen. Die Ausstellungsleitung wird also wohl oder übel von der Verwirklichung ihres Planes absehen müssen, denn sie kann doch den Gärten ihre Zusage nicht brechen.

Schon einmal ist die Ausstellungsleitung, wenigstens der engere Ausschuß, mit den Gärtner-Unternehmern schwer zusammengegeraten. Und zwar handelte es sich damals um die Festsetzung der Löhne für die Gärtnergehilfen im Ausstellungsgebäude. Professor Koeber, als Vertreter der Leitung, wollte einen Monatslohn von 120 M. bei 10stündiger Arbeitszeit festsetzen, welche Ansicht von den Gärtner-Unternehmern heftig bekämpft wurde. Die letzteren vertraten den Standpunkt, daß 80 Mark genug seien; die Begehrlichkeit der Gesamtgehilfen-Schaft würde nur durch die hohen Löhne gesteigert. Obgleich Herr Koeber sich sehr abfällig über die soziale Rückständigkeit der Unternehmer äußerte, setzten diese doch ihren Willen insofern durch, als 85 M. Monatslohn bezahlt wurde. Ob die Ausstellungsleitung sich jetzt von den Unternehmern bestimmen läßt, die organisierten Arbeiter durch Zurücknahme ihrer Zusage vor den Kopf zu stoßen, bleibt abzuwarten.

Die Hauskloster-Bewegung in Dresden ist im wesentlichen zu Gunsten der Arbeiter beendet. Nur die Schloffer einiger kleinerer Betriebe befinden sich noch im Zustand.

Die Holzbildhauer Breslaus fordern die 8 1/2 stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Accordarbeit und einen Minimallohn von 40 Pf. pro Stunde. Der Gewerksverein der Bildhauer hat sich mit dem Centralverein solidarisch erklärt. Die Firma Buhl hat nach Eingang der Forderungen sofort drei Mitglieder des Centralvereins und den Vorsitzenden des Gewerksvereins gemahnt.

Aus der Haft entlassen wurden die Genossen Hecht und Schiller in Crimmitschau, nachdem der Vorsitzende des Textilarbeiter-Vereins Hübisch die verlangte Kaution von 20 000 M. hinterlegt hatte. — Merkwürdig ist die Mitteilung, daß die Ursache der Verhaftung ein anonymes Brief sein soll, der bei der Behörde einging. Wer war der Anonymus?

Die Situation im Drechslerstreik zu Leipzig ist für die Ausständigen andauernd günstig. Es sind nur noch 16 Drechsler ausständig, während alle andern zu den neuen Bedingungen arbeiten.

**Achtung, Feinmechaniker!** Bei der Firma Dr. Lütke u. Arndt, Fabrik für photographische Industrie in Wandersied, haben sämtliche Feinmechaniker wegen fortwährender Lohnreduktionen und schlechter Behandlung die Arbeit niedergelegt. Zugang ist fernzuhalten.

Die Leipziger Bau- und Möbelschneider haben die von dem Holzindustriellen-Verband und der Zwangsinnung gemachten Zugeständnisse zurückgewiesen; sie beauftragten jedoch, um ihre Forderungen zu bekunden, die Ortsverwaltung mit einer erneuten Verhandlung.

**Internationaler Kongress in Amsterdam.**

Amsterdam, 15. August. (Privattelegramm.) In der heutigen Vormittags-Sitzung wurde seitens der deutschen Delegation Genosse Mollenhuth in das Präsidium entsandt. (Genosse Singer konnte infolge leichter Zukunftsheit noch nicht auf dem Kongress erscheinen.)

Die Prüfung der Mandate ergiebt, daß 434 Delegierte anwesend sind. Davon sind 69 aus Deutschland. Von der provisorischen Tagesordnung (siehe den Bericht in der 1. Beilage) werden Punkt 1 bis 4 vom Kongress endgültig beschlossen, Punkt 15 bis 22 abgelehnt. Am Montagnachmittag und Dienstagvormittag finden Sitzungen des Gesamtkongresses nicht statt, damit die Kommissionen Gelegenheit zu gründlicher Vorarbeit haben.

**Verfassungen.**

Der Maurer-Verband (Zweigverein Berlin) hielt am Freitag im Gewerkschaftshause seine ordentliche General-Versammlung ab. Wartenberg verlas die Abrechnung vom 2. Quartal. Danach hat die Hauptkasse eine Einnahme von 75 487,58 M. und eine Ausgabe von 6500,99 M. In der Zweigvereinskasse waren vereinnahmt 184 320,81 M. und verausgabt 91 541,74 M. Beide Kassen verfügen somit über einen Gesamtbestand von 161 765,61 M. Unter den Ausgaben figurieren als Posten für Sterbeunterstützung 3010,00 M.; für Krankenunterstützung 8368,65 M.; für Mahregelungen 4888,50 M.; für den Streik der Cementierer 1225,60 M.; für Unterstühtungen anderer Gewerkschaften 1300 M. Gegenwärtig zählt der Zweigverein 13 204 Mitglieder; verstorben waren 27 und ausgeschlossen 18. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlassen. Nachdem Hanke einen Bericht über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission gegeben hatte, wurden als Delegierte zu derselben gewählt: für die Maurer Silber Schmidt, Wulff, Thöns und Rudolf; für die Putzer Neumann und Budach, und für die Gips- und Cementbranche Fritsch und Leonhardt. Beschlossen wurde sodann, daß in Zukunft alle vom Kassierer entnommenen Marken, die auf irgend eine Art verloren gehen, zu ihrem vollen Werte bar ersetzt werden müssen.

Friedenau. Am Mittwoch fand im Gesellschaftshause eine öffentliche Volkerversammlung statt. Genosse Zubeil lenkte die Besprechung in seinem Vortrage „Ruffisches“ treffend die Rolle, welche Preußen-Deutschland bei dem Russensturz und im Königsberger Prozeß spielt, und ging dann auf andere aktuelle politische Erscheinungen (Wahlrechtsetzungen, Affaire Mirbach u. a.) über. Der Vortrag wurde von der sehr gut besuchten Versammlung mit Beifall aufgenommen. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im Gesellschaftshause stattfindende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen Friedrichs voll und ganz einverstanden. Sie verurteilt aufs entschiedenste die Genetralpolitik des Jarenreichs. Noch mehr verurteilt die Versammlung die Schergenpolitik der deutschen Regierung und spricht der russischen Socialdemokratie ihre volle Sympathie aus.“

Die General-Versammlung des socialdemokratischen Arbeitervereins in Spandau am Mittwoch nahm zunächst den Kasfenbericht entgegen. Die Einnahmen betragen im verflohenen Quartal einschließlich des alten Kasfenbestandes von 142,10 M. und dem Ueber-schuh von der Kaiserfeier 1058,30 M., die Ausgaben 526,01 M., so daß ein Vorbestand von 632,29 M. verbleibt. Genosse Nieger stellt den Antrag, den Festkomitees, vom Maiest und vom Volksfest, aufzugeben, zunächst einen Rechenschaftsbericht zu erstatten und diesen Punkt bis zur nächsten General-Versammlung zu vertagen. Dem Antrag wird zugestimmt. Dierauf erstattete Genosse Pieper den Bericht von der Kreisversammlung, an welchen sich eine sehr lebhafte Diskussion knüpft. Besonders der Punkt „Presse“ und die Ablehnung des Spandauer Antrages betr. Gründung eines Kreisorgans wird von den Genossen Lemme und Gottschall lebhafte erörtert. Ersterer führte aus, daß die gegenwärtigen Preßverhältnisse im Kreise nach Eingehen der „Latente“ unhaltbar geworden seien, ja daß der gegenwärtige Zustand in dem riesigen Verbreitungsgebiet der „Brandenburger Ztg.“ von niemand mehr gut geheßen werden kann. Er kritisiert scharf das kurzfristige Verhalten der Berliner Agitationskommission, die sich durchaus nicht dazu verstehen will, eine Teilung des Verbreitungsgebietes der „Brandenburger Ztg.“ und auch am Ende der „Rat. Volkst.“ und demgemäß die Neugründung eines oder zweier Blätter für die Provinz vorzunehmen. Nur von der Teilung der viel zu großen Verbreitungsgebiete verpricht sich Redner eine gründliche Verringerung der Preß- und Agitationsverhältnisse. Wenn nach dem Fall des Socialistengesetzes eine Warnung vor Neugründungen von Blättern durchaus gerechtfertigt war, so müsse man doch aber heute auf einem weniger ablehnenden Standpunkt stehen, wenn man sich die Riesenschritte vergegenwärtigt, welche die Partei in den verflohenen 14 Jahren überall gemacht hat. Genosse Lemme erklärt sich überdies dafür, daß die Agitationskommission durch Delegierte sämtlicher Kreise der Provinz erweitert werde; dann wird hoffentlich auch die jegliche Verbodnung aufhören.

Dierauf erstattete Genosse Nieger einen kurzen Bericht über die „Lokalfrage“. Es müsse hier eine energische Taktik Platz greifen, die Arbeiter sollten endlich dazu übergehen, von ihrer wirtschaftlichen Macht als Käufer gegenüber den Saalhabern einen wirksameren Gebrauch als bisher zu machen, um denselben Achtung und Anerkennung für die socialdemokratische Arbeiterkraft abzugewinnen. Heute lassen sich die Herren Wirte sehr gern den Zutritt von Gästen aus dem arbeitenden Stande gefallen, fordert man aber ihr Lokal für Versammlungszwecke, dann bringen sie den Arbeitern die empörendste Mißachtung entgegen. Das Lokal von Rieker auf den Kustwiesen ist gesperrt worden, dagegen ist jetzt der Pilsenerwerber vollständig frei gegeben, da nicht die geringste Veranlassung besteht, irgend einem Wirt ein Privileg einzuräumen. Dierauf knüpft sich eine kurze Diskussion, in welcher für das nächste Jahr eine Sperre des Schloßhorns oder des ganzen Pilsenerwerber verlangt wird, um die Wirte zur Freigabe ihrer Säle zu zwingen. Dierauf stellt Genosse Nieger den folgenden Antrag:

1. Die General-Versammlung des soc. Arbeitervereins zu Spandau richtet an den Parteitag zu Bremen den Antrag:
2. Die Frage des Generalkreises, zum Zwecke der Diskussion, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu stellen.
3. Zur Kaiserfeierfrage beschließen zu wollen: es ist Pflicht jedes klassenbewußten Arbeiters, den 1. Mai durch vollständige Arbeitsruhe zu feiern.

Antragsteller giebt eine kurze, aber eingehende Begründung, in welcher er sich besonders auf die bekannten Ereignisse in unserm Parteileben und am politischen Himmel stützt, und sich in zum stimmendem Sinne zu den Ausführungen des Genossen Dr. Friedberg äußert; der „Wirtnis“-Artikel des „Vorwärts“ stelle eine recht klägliche Antwort auf die Friedberg'schen Argumente dar, der Ton, in dem dieser Artikel gehalten, sei im höchsten Maße unpassend und läuzche durchaus nicht über die innere Schwäche der von seinem Verfasser eingenommenen Position hinweg. Nach kurzer Diskussion werden beide Teile des Nieger'schen Antrages einstimmig angenommen. Nachdem noch der Vorstand beauftragt wurde, recht bald eine Agitationsversammlung zu arrangieren, erfolgte der Schluß der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung.

**Letzte Nachrichten und Depeschen.**

Zu erdriechen versuchte sich gestern abend nach zehn Uhr der Restaurateur Paul Ladewig in der Frankfurter Allee 130, nachdem er vorher seine Nichte Marie Reichert durch zwei Revolvergeschüsse leicht verletzt hatte. Die Veranlassung zu dieser That gaben zurückgewiesene Annäherungsversuche. Die Reichert befand sich seit ihrem 6. Lebensjahre bei dem Gastwirt L. Unter Beihilfe ihres Vormundes suchte dieselbe gestern ihre wenig angenehme Stellung bei L. zu verlassen. Unter dem Vorwande der Herausgabe der Sachen des Mädchens nahm er sie nach dem Keller und führte daselbst die That aus. Beide Verletzte wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Zu Groß-Räschen bei Senftenberg steht die Draufschneidung der „Veitha“, die über Tage abgebaut wird, in Flammen. Die Berliner Feuerwehre war um Hilfe ersucht worden und, im Begriff, einen Dampfspritzenzug mit der leistungsfähigsten Dampfspritze, die 2000 Liter in der Minute fördert, mit Entzug nach Senftenberg zu entsenden, erfolgte Gegenorder. Es hatte sich ein starker Gewitterregen eingestellt, von dem man die Lösung des großen Brandes erhofft. Sollte der Regen die Lösung nicht bewirken, dann wird der Dampfspritzenzug unter Leitung eines Obermaschinisten noch entsandt werden.

**Opfer des südwestafrikanischen Krieges.**

Berlin, 15. August. Amtliche Meldung. Heiter Wendelin Bierwirth, früher 3. Thüringisches Infanterie-Regiment Nr. 71, Eltern in Bitterda, Kreis Erfurt, am 18. Juli auf dem Transport Ostawi Grootfontain an Typhus gestorben, Feldwebel Theodor Banje!, geboren am 28. November 1873 in Rudno, früher Dragoner-Regiment Nr. 9, am 11. August im Lazarett zu Windhut an Typhus gestorben.

**Bau-Unfall.**

Hamburg, 15. August. (W. B.) Ein schweres Gerüst an der Elbebrücke bei Beddel stürzte zusammen, wobei 5 Arbeiter schwere Verletzungen erlitten.

**Großer Waldbrand.**

Brimmenau, 15. August. (W. B.) Heute vormittag brach in dem Walde an der Bahnlinie zwischen Oberleschen und Armadebrunn auf Dünzlauer Gebiet Feuer aus, das sich auf das dem Herzog Ernst Günther gehörige Gebiet und auch auf das Neuortwerker und Bolferdorfer Revier ausdehnte. Das Dorf Neuortwerk ist vollständig niedergebrannt; die Einwohner konnten nur das nackte Leben retten; alles Vieh und viel Wild ist in den Flammen umgekommen. Die Garnison von Slogau und die Sprottauer Garnison sind zur Hilfeleistung aufgeboden worden.

**Schluß des englischen Parlaments.**

London, 15. August. (W. B.) In der Thronrede, die bei dem Schluß der Tagung des Parlaments gehalten wurde, spricht der König sein Bedauern aus, daß die Feindschaften zwischen Rußland und Japan noch andauern, und fährt fort: Beim Ausbruch des Krieges habe ich eine Proklamation erlassen, in der ich meine Neutralität erklärte und allen meinen Unterthanen genaue Beobachtung derselben zur Pflicht machte. Wichtige Fragen bezüglich der Behandlung des neutralen Handels durch die Kriegführenden haben sich in Verbindung mit dem Kriege erhoben. Die Streitfragen, die sich ergeben haben und die von der größten Wichtigkeit für mein Reich sind, werden, wie ich vertraue, in freundschaftlicher Weise geregelt werden und ohne Schädigung der ausgedehnten Handelsinteressen dieses Landes. Meine Regierung wird thätig meine Unterthanen unterstützen bei der Ausübung von Rechten, die als Neutralen zustehend von dem Völkerrecht anerkannt werden. Meine Beziehungen zu den auswärtigen Mächten sind andauernd zufriedenstellend. Ich stattete dem König von Dänemark in Kopenhagen und dem Kaiser Wilhelm in Kiel Besuche ab; meine Aufnahme in beiden Fällen war sehr herzlich. Der König erklärt sodann, daß er sich zur Einführung allgemeiner Wahlen für den gesetzgebenden Rat von Transvaal entschlossen habe.

Schließlich heißt es in der Thronrede: Die Verträge, welche zwischen meiner Regierung und der Französischen Republik zur Lösung einer Reihe von Fragen, die die Interessen beider Länder in anderen Teilen der Welt betreffen, abgeschlossen sind, werden dadurch, daß sie die Bande der Freundschaft wesentlich verstärken, jetzt in glücklicher Weise meinen Unterthanen und die französischen Bürger einander näher bringen. Verträge bezüglich gewisser Kategorien von Schiedsgerichtsfragen sind mit Italien, Spanien und Deutschland abgeschlossen worden. Der Plan für die Reorganisation der moedonischen Gendarmerie verpricht ein befriedigendes Ergebnis. Die politische Mission nach Tibet begegnete bei ihrem Vordringen einem Widerstand. Ihr glückliches Eintreffen in Lhasa gewährt mir die größte Befriedigung und rechtfertigt das höchste Vertrauen auf die Offiziere und Mannschaften, welche die kleine Truppe bildeten, die bei dem Unternehmen Verwendung fand. Ich glaube zuversichtlich, daß Bedingungen vereinbart wurden, welche den Handel erleichtern und der Möglichkeit an Mißlichkeiten an der nördlichen Grenze des Indischen Reiches ein Ende bereiten werden.

**Ein Säugling als Kosaken-Setman.**

Petersburg, 15. August. (W. B.) Ein gestern ausgegebenes Bulletin über den Zustand der Kaiserin besagt, daß sich Temperatur und Puls innerhalb der normalen Grenzen halten. Der neugeborene Thronfolger befindet sich wohl. Er wurde durch einen Tagesbefehl des Kaisers zum Setman aller Kosaken-Regimenter ernannt.

**Väterliche Fürsorge.**

Petersburg, 15. August. (W. B.) Der Kaiser hat ein Manifest über die Thronfolge-Ordnung erlassen. Im Falle Ablebens des Kaisers vor der Mündigkeit des Thronfolgers soll Oberhaupt des Staates Großfürst Michael Alexandrowitsch sein und in diesem Falle die Vormundschaft der Kaiserin Alexandra Feodorowna anerkannt werden.

**Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.**

Washington, 15. August. (W. B.) Der amerikanische Gesandte in Peking telegraphierte heute an das Staatsdepartement, daß der russische Gesandte eine scharfe Note an die chinesische Regierung gesandt habe, in der er ihr Mißthun an der „Reichsteilung“-Affaire vorwirft und den chinesischen kommandierenden Offizier der Feigheit oder des Verrats anlagt; ferner verlangt der russische Gesandte eine volle Erklärung dieses Falles, Rückgabe des „Reichsteilung“ und schwere Bestrafung des kommandierenden Offiziers. Die chinesische Regierung habe von der japanischen die Rückgabe des „Reichsteilung“ verlangt.

**Wien, 15. August. (W. B.)**

Die gestrige Versammlung der streikenden Lagerhausarbeiter hat beschlossen, Dienstag die Arbeit wieder aufzunehmen.

London, 15. August. (W. B.) Das Oberhaus nahm die Appropriationsbill in allen Lesungen an, ferner die dritten Lesungen der Bill betreffend das englisch-französische Abkommen und der Vorlage betreffend die drahtlose Telegraphie.

Athen, 15. August. (W. B.) Dem Blatte „Neon Ety“ wird gemeldet, eine Aufstandsbeziehung stehe im Distrikt Bodona bevor. 450 Aufständische hätten sich bereits gesammelt. Führer des Aufstandes, den Sarafow erregt habe, sei der Oberst Kischom.

London, 15. August. (W. B.) Heute lief der viermästige „Lord Caron“ schwer beschädigt hier ein und meldete, daß er mit dem Schiffe „Anker“ zusammengefallen sei; letzteres sei gesunken und nur zwei Mann von der Besatzung seien gerettet, 20 ertrunken.

Internationaler sozialistischer Kongress.

Amsterdam, 14. August.

Im Concerthaus (Concertgebouw) in der Van Baerlestraat wird kurz nach 10 Uhr der Kongress durch den holländischen Abgeordneten Van Kol eröffnet. Die Tribüne ist rot drapiert und mit prächtigen Blumensträußen dekoriert. An den Wänden laufen Galerien, auf denen die Zuschauer untergebracht sind. Im Saale sind ungefähr 400 Delegierte anwesend, besonders zahlreich sind Holland und Belgien vertreten; ebenso die russische Delegation, die wie die französische Delegation in zwei Gruppen gesondert ist. Von den Russen sieht man Axelrod, Plechanow, Deutsch, Wera Sassulitsch; von den Franzosen Guesdistscher Richtung Guesde, Bailant, Delory, Dubreuilh, Grouffier, bei den Italienern sieht man Zaurds, Longuet, Oriani, Rouanet, Viviani, Cipriani. Aus Amerika sind von der Sozialistischen Partei 6 Delegierte erschienen, darunter der f. J. aus der Schweiz mit dem „Socialdemokrat“ ausgewiesene Genosse H. Schlüter; auch Argentinien hat im Genossen Manuel Ugarte einen Vertreter geschickt. Aus Schweden sind Branting, Widmann und Varion, Abgeordneter für Walmö für die Partei, Lindquist für die Generalkommission der Gewerkschaften, Lindley für die Seelente und Wodegreen für die Holzarbeiter erschienen; aus Dänemark Knudsen, Lyngstie und Jørgensen; Oesterreich ist vertreten durch Adler, Brestschneider, Ellenbogen, Bernerstorfer, Schäfer, Stramel, Staret für die Partei, Tomshil für die Eisenbahnarbeiter, Vár (Metallarbeiter), Pil (Handelshilfsarbeiter); Ungarn durch Großmann, Belter und Volanyi; unter den Polen Daszynski und Diamant aus Krakau, auch ein Ruthene Dr. Ganshewicz; Vöhlm en durch Remec; aus der Schweiz sind erschienen Reimann-Diel, Sigg, und Snel-Gent, Rappin- und Wles-Lausanne. Deutschland ist durch einige 50 Delegierte vertreten, die sich erst am Montagvormittag konstituieren. Auf dem Bureau sitzen als Vorsitzende Van Kol, rechts und links von ihm Sen Katayama als Vertreter des japanischen und Plechanow als der des russischen Proletariats; als Uebersetzer fungieren Clara Zetkin für französisch und deutsch, Smith-Headingley für England.

Troelstra

begrüßt namens der holländischen Partei in einer flammenden Ansprache die Delegierten, deren zahlreiches Erscheinen die holländischen Arbeiter zu würdigen wissen. Hier sind die Führer der Arbeiterbataillone und bieten ein erhabenes Bild der menschlichen und sozialen Entwicklung: die Emancipation der Arbeiterklasse aus den Sünden und Knechten des Kapitals, ja zugleich die Befreiung der ganzen Menschheit. Die bloße Thatsache der Tagung dieses Kongresses in diesem Saale liefert den Beweis, daß die Arbeiter-Internationale in Holland gestiftet hat. Von Weisfel bis London hat Holland an den internationalen Kongressen nur den Utopismus vertreten; erst von da ab habe die klare Einsicht in die sozialen Verhältnisse und die klare Erkenntnis der Klassenlage Fuß zu fassen begonnen. Und die Kämpfe der holländischen Delegierten an den internationalen Kongressen sind nur ein schwaches Abbild der schweren inneren Kämpfe der holländischen Arbeiterbewegung gewesen. Am 26. August dieses Jahres feiern wir das zehnjährige Jubiläum an das siegreiche Wiedererwachen der Socialdemokratie in Holland und wir dürfen heute mit Genugthuung und Stolz sagen: wir haben das sozialistische Proletariat Hollands für die Internationale wiedergewonnen. Die Tagung dieses Kongresses ist die Krone unserer zehnjährigen Thätigkeit und die Probe dafür, daß wir den Boden geebnet für den politischen Kampf der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie haben wie im Vorjahre erbracht, als wir zur Verteidigung der politischen Rechte der Arbeiterklasse zum überstehen Mittel der Nothwehr greifen mußten: zum Generalstreik. Hätten wir ein politisch organisiert und geschultes Proletariat gehabt, dem das allgemeine Wahlrecht als Kampfmittel zur Verfügung gestanden hätte, wir hätten dieses Mittel früher Nothwehr nicht ergreifen müssen. Noch bluten die Wunden jenes Kampfes: die große, prächtige, mächtige Eisenbahnarbeiter-Organisation ist zerstört, Dumper, Verzweigung selbst der Selbstmord hat unter den 6000 Opfern dieses Kampfes gewüthet. Und von dieser Tribüne soll vor dem Proletariat der ganzen Welt dieses unritterliche Benehmen, dieser rohe Mord einer christlichen Regierung gegen wehrlose Arbeiter als gemeine Niedertrachtigkeit gebrandmarkt werden. (Brausender Beifall.) Anarchistische Demagogen haben versucht, durch ein von ihnen eingeleitetes, lächerliches sogenanntes Arbeitergericht grundlose Verdächtigungen zu erheben und die Arbeiterniederlage als Folge des Verrates der Socialdemokratie hinzustellen; vergebene Mühe: gefestigt in immerer Größe und an äußerem Ansehen, verstärkt an politischer Kraft sind wir aus dieser Krise, in der wir nicht um eines Haarsbreite von dem uns durch unser Programm vorgeschriebenen Wege abgewichen sind, hervorgegangen, so daß wir auch für Holland rufen können: der Internationale gehört die Zukunft. (Jubelnde Zustimmung.)

Van Kol

spricht im Namen des Internationalen Secretariats den Willkommgruß den Delegierten aus, die geeint in gleichen Kämpfen, unter gleichem Banner für das gleiche Ziel streiten, und heute schon nicht mehr bloß in den modernen europäischen Kulturstaaten, sondern überall, wo der Kapitalismus seine ausbeuterische Wirkung übt, in Asien und Afrika, wie in Amerika und Australien. Einen besondern Gruß aber entbiete ich den Vertretern der japanischen und russischen Socialdemokratie, die den Mut gehabt hat, das Bekenntnis internationaler Friedensliebe und internationaler Solidarität der Arbeiter aller Länder in einem Augenblicke abzulegen, wo die entfesselte Kriegsjurie die beiden Länder verwüthet. (Plechanow und Sen Katayama reichen sich am Bureau die Hände. Der Kongress bricht in minutenlangen brausenden Beifall aus.) Und auch den Vertretern der indischen Kolonien, gegen welche die englische Kolonialverwaltung so schwere Sünden auf dem Gewissen hat, entbiete ich den herzlichsten Gruß.

Wenn wir, die Vertreter der Socialisten aller Länder, einen Rückblick werfen auf unsere Kämpfe und unsere Bewegung der Vergangenheit, so haben wir einen großen Fortschritt zu verzeichnen. Unser heutiger Kongress ist nicht der erste internationale Kongress, der in Holland tagte. Vor 32 Jahren tagte der letzte Kongress der alten Internationale im Haag; er war der letzte, aber er hinterließ uns die gewaltige Kriegslösung für alle im Klassenkampfe stehenden Arbeiter: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!

In keinem Lande gab es damals noch eine ernsthaft sozialistische Arbeiterbewegung; in Deutschland waren kaum die ersten Anfänge dafür vorhanden, aber die schweren Konflikte zwischen Eisenachern und Lassallianern schwächten ihre Bestrebungen; heute sehen wir die Arbeiter einig und zielklar in einer Partei, die das größte Regiment unserer Armees darstellt.

Und ähnlich ist es in allen Ländern. In Belgien mußten sich damals zwei starke Persönlichkeiten, den Samen des Socialismus auf anscheinend unfruchtbaren Boden auszustreuen, und wie herrlich ist heute dieser Same aufgegangen! Frankreich blutete damals aus den tausend Wunden der blutig niedergeschlagenen Kommune, in der die Reaktion der ganzen Welt die Arbeiterbewegung ersüßte wußte, vor deren Opfer- und Heldentum die Arbeiter aller Länder sich aber heute noch ehrend verneigen. In Holland tagte damals die internationale Socialdemokratie in einem elenden Winkelkellere; damals gelang es der reaktionären Regierung noch, die Verdüsterung, sogar Arbeiter, gegen die fremden Delegierten aufzuheben, heute ist die Socialdemokratie in allen Kulturländern durch die Kraft ihrer Arbeit und durch die Macht ihrer Organisation ein wesentlicher Faktor jeden Fortschritts, jeglicher Kulturbewegung geworden. Die sozialistischen Ar-

beiter sind heute die Träger des menschlichen Kulturfortschritts überhaupt.

Man hat die Socialdemokratie durch brutale Gewalt zu unterdrücken, durch Reformen zu korrumpieren versucht: umsonst, weder durch Gewalt noch durch Reformen hat man uns Abbruch thun können, sondern nur unsere Kampfsfähigkeit erhöht. Heute kennen die Arbeiter keinen Gegensatz der Klassen mehr, nur noch zwei Heere stehen sich gegenüber: die Klasse der arbeitenden und entbehrnden Massen, und die Klasse der Besitzenden und genießenden, aber nicht arbeitenden Minderheit.

Gewiß wird auch auf diesem Kongresse die Diskussion kräftig und leidenschaftlich einsetzen, wie unsere Bewegung kräftig ist und unsere Vorläufer kraft- und leidenschaftsreiche Persönlichkeiten sind; die Erörterung der Frage der Taktik wird es an tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen lassen; immer aber werden wir uns wieder brüderlich zusammensuchen, weil die Einigkeit uns nötig ist zum Siege. (Beifall.)

Aus Wert dieser Woche, an die Arbeit! Alle haben wir das gleiche Ziel: die Eroberung der politischen Macht auf dem Wege des politischen Klassenkampfes — nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum gemeinsamen Zwecke: Ueberführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in gemeinschaftliches Eigentum. Auch von diesem Kongresse soll die Annale der Geschichte schreiben: es ist Großes, Erhabenes im Geiste der Brüderlichkeit geleistet worden!

Katayama (mit jubelndem Händeklatschen begrüßt):

Ich fühle lebhaft die große Ehre und Verantwortung, daß ich hier als Vertreter der japanischen Arbeiter das Wort ergreife, aber ich empfinde auch das Vergnügen, daß ich hier zum erstenmal mit den Socialisten aller Länder zusammenarbeiten kann an dem gemeinsamen Werke der Befreiung der Arbeiter und damit der ganzen Menschheit. Besonders erfreut bin ich, gerade mit dem Vertreter der russischen Arbeiter zusammen zu sitzen, des Landes, mit dem durch die Regierungen der beiden Länder einer der grenzevollsten Kriege entfesselt worden ist. Und warum? Zum Wohl des Volkes, der Arbeiter? Nein, lediglich zum Zwecke der Erweiterung der Machtstellung ihrer Ausbeuter und Unterdrücker. Und es giebt keinen besseren Beweis für die Sinnlosigkeit und Kulturwidrigkeit dieses Krieges als dieses Gegenstück der gemeinsamen Arbeit der Proletarier dieser beiden Länder mit den Socialisten aller Länder, die jeden Krieg auf das schärfste verurteilen. In Japan giebt es unter den Arbeitern, zu welchen die sozialistische Heilsbotschaft gedrungen ist, keinen Haßgegenstand; sie fühlen sich nicht als Gegner der eingewanderten fremden, christlichen Arbeiter, sondern als geschlossene Feinde ihres gemeinsamen Gegners, ihrer kapitalistischen Ausbeuter.

Die sozialistische Bewegung Japans ist jung; als ich 1896 von Amerika nach Japan zurückkehrte, da gab es keine sozialistischen Vereine, keine sozialistische Presse, keine sozialistischen Versammlungen; und auch heute sind wir erst ein kleines Häuflein, die den Kampf führen gegen den Kapitalismus, der in Japan sich wie in der Gluthitze eines Treibhauses entwickelt hat. Aber nicht nur gegen den Kapitalismus, der in Japan jugendfrisch und jugendstark ist, haben wir zu kämpfen, sondern zugleich gegen eine reaktionäre Regierung, nationale Vorurteile und nationalen Kostengeist. Die Verfolgungen der Regierung, die Spitzelarbeiten der Polizei haben ergeben, daß wir in Japan 3000 organisierte Socialisten haben — eine kleine Zahl im Vergleich zu den Parteien anderer Länder, aber groß angesichts der Jugend unserer Bewegung und der gegen uns aufgetürmten Schwierigkeiten. Und keine Verfolgung und keine Schwierigkeit wird uns hindern, unsere internationale Pflicht zu erfüllen und unsere Stimme laut zu erheben für den Weltfrieden. (Beifall.) Man spricht im Auslande so oft von der japanischen Konstitution; aber der Arbeiter hat in Japan kein Wahlrecht, unser Wahlrecht ist vielleicht noch schlechter als das preussische Dreiklassen-Wahlrecht. Trod dem werden wir, wie gesagt, unsere Pflicht thun in der Aufführung der 40 Millionen japanischer Arbeiter, die ja auch allein die Opfer des Krieges an Gut und Blut tragen müssen. Unsere höheren Offiziere, die im Kriege fallen oder invalide werden, beziehen hohe Pensionen, die Proletarier müssen ihre Knochen für die Interessen der bestehenden Klassen zu Markte tragen und erhalten nichts. (Zuruf aus der deutschen Delegation: Gerade wie bei uns!) Aber je näher die Stunde rückt, in der die Socialisten aller Länder die sozialistische Republik errichten werden, um so mehr wird auch die japanische Socialdemokratie auf der Schanze stehen, das Wort unseres großen Vorläufers Karl Marx zu erfüllen: Arbeiter aller Länder vereinigt Euch! (Großer Beifall.) Im Namen der Zukunft: Ihr habt nichts zu verlieren als eure Ketten und eine ganze Welt zu gewinnen! (Langandauernder Beifall.)

Plechanow:

Ich bin glücklich, mit Katayama, dem Benjamin der internationalen Arbeiterbewegung, gemeinsam im Präsidium zu sitzen, und mir liegt daran, hier zu erklären, daß nicht das russische Volk, sondern sein Todfeind, der Zarismus, der Despotismus, die Verantwortung hat für diesen verbrecherischen Krieg. Auch wenn Rußland als Sieger aus diesem Kampfe hervorgehen sollte, so wird nicht Japan als Besiegter am Boden liegen, sondern das russische Volk. Nicht Japan hat diesen Krieg begonnen, sondern die Raub-, Ausbeuter- und Eroberungssucht des russischen Despotismus, der einen ganzen Kranz fremder Völkerschaften mit einer gemeinsamen Kette an sich gefesselt. Und alle Schichten der russischen Bevölkerung gaben ihm an Ochs jurück, was sie an Unterdrückung von ihm empfangen. Rumnehe scheint aber die Zeit gekommen, da der Despotismus vor seinem wohlverdienten Ende steht. Und wenn jetzt Rußland um Nothricht kommt von Niederrufen Rußlands, so begegnet der Zarismus nirgends Sympathien; er steht moralisch vollständig isoliert da. Und was in Rußland auf Fortschritt und Freiheit rechnet, blüht vertrauensvoll auf die sozialistische Bewegung, den proletarischen Klassenkampf. Die Bourgeoisie aller Länder ist konservativ geworden; wir sehen sogar die Bourgeoisie einer sogenannten Republik als festes Stütz der Despotismus, die dem Denker aller Menschen mit ihrem Golde bezahlt, daher also blüht in Rußland alles, was Freiheit erstrebt und Fortschritt erwartet auf die Socialdemokratie, weil jedermann der Uebergangung ist, daß die Proletarier die Träger der Kultur sind. (Lebhafter Beifall.)

Von der Sozialistischen Arbeiterpartei Frankreichs (Guesdisten) wird im Anschluß an die Ausführungen des japanischen und russischen Delegierten die folgende Resolution beantragt:

In Erwägung, daß die Verständigung und die gemeinsame Aktion der Arbeiter und Socialisten aller Länder die wesentlichste Bürgschaft für den Weltfrieden ist, entbietet der Kongress, in dem Augenblicke, wo der Zarismus gleichzeitig durch Krieg und Revolution bedroht wird, seinen brüderlichen Gruß den russischen und japanischen Proletariaten, die geopfert, hingemordet werden sowohl durch die Verbrechen des Kapitalismus wie der Regierung. Der Kongress fordert die Socialisten und Arbeiter aller Länder auf, die Hüter des Friedens sind, sich mit aller Kraft jeder Ausdehnung des Krieges zu widersetzen.

Einmüthig giebt der Kongress dieser Resolution seine Zustimmung. Nach Verlesung zahlreicher Zustimmungsschreiben und Telegramme vertagt sich der Kongress um 1 Uhr auf Montagvormittag 10 Uhr.

Nachmittags 3 Uhr findet im Linnäus-Park eine Vollversammlung statt, in der von deutscher Seite Webel und Zetkin sprechen.

Die provisorische Tagesordnung

- des Kongresses lautet:
1. Bestätigung der Mandate.
2. Wahl des Bureaus; Bildung der Sectionen; Bestimmung der Tagesordnung.
3. Eröffnungsgrede.
4. Bericht des Secretariats.
5. Berichte der Nationen.
6. Internationale Regeln der sozialistischen Politik; Resolution über die Taktik der Partei (Socialistische Partei von Frankreich).
7. Kolonialpolitik (Gundman: Socialdemokratische Föderation von England, und Van Kol: Socialistische Partei von Holland).
8. Auswanderung und Einwanderung (Socialistische Partei der Republik Argentinien).
9. Generalstreik (Revolutionäre sozialistische Arbeiterpartei von Frankreich und Socialistische Partei von Holland).
10. Socialpolitik und Arbeiterversicherung (Wolkenbuh: Socialdemokratische Partei Deutschlands). — Der Achtstundentag (Gewerkschaftsbund Dänemarks).
11. Trübsis und Arbeitslosigkeit (Socialistische Partei der Vereinigten Staaten von Amerika).
12. Sitz des nächsten Kongresses.
13. Sitz des Internationalen Socialistischen Bureaus.
14. Wahl des Internationalen Socialistischen Bureaus.

Verschiedene Fragen.

- 15. Schutz Zoll und Freihandel (Unabhängige Arbeiterpartei Englands).
16. Militarismus (Unabhängige Arbeiterpartei Englands).
17. Der Merkantilismus und die Schulen (Socialdemokratische Föderation von England).
18. Gewerkschaftsbewegung und Politik (Gesellschaft der Fabrier von England).
19. Internationale Schiedsgerichte (Unabhängige Arbeiterpartei von England).
20. Arbeiterwohnungen (Nationaler Verein für Arbeitervohnungen in England).
21. Internationale Solidarität (Verein der deutschen, österreichischen und ungarischen Socialisten in der Schweiz).
22. Die Alkoholfrage (Deutscher Arbeiter-Abstinenzbund).

Am Sonntagvormittag fand im Linnäuspark ein großes internationales Meeting statt. Es sprachen stets vier Redner auf einmal in vier Ecken einer großen Wiese. Der Protest der Arbeiterschaft gegen den russisch-japanischen Krieg, der Spott über die Haager Friedenskonferenz und die Solidarität der Besitzlosen der ganzen Welt waren das Hauptleitmotiv der Reden. Stürmische Ovationen brachten das Amsterdamer Publikum besonders Webel dar, der entblößten Hauptes unter einer mächtigen roten Fahne sprach. Er behandelte unter anderem eingehend die Gefährdung des Reichstagsstimmrechts in Deutschland. Eine Verschlechterung des Wahlrechts werde die Socialdemokratie niemals gestatten. Am dem Tage, an dem dieser Streich versucht werde, das erklären er feierlich zum zweiten Male, habe die Arbeiterschaft am Fortbestehen des Reiches nicht das geringste Interesse mehr. Nur Pflichten ohne Rechte für die Volksmassen seien in unserer Zeit nicht mehr möglich. Die deutsche Socialdemokratie sei sich ihrer Kulturmission voll bewußt. Trotz kleiner Differenzen werde sie gegen den Feind stets eine geschlossene Phalanx sein.

Es sprachen ferner Gundman, Bernerstorfer, Victor Adler, Plechanow und Wandervelde.

4. Internationaler Holzarbeiter-Kongress.

Zweiter Verhandlungstag.

Sonnabend, 13. August 1904.

In der fortgesetzten Beratung über die Aufgaben der internationalen Holzarbeiter-Union werden die deutschen Vorschläge nach kurzer Debatte unbedenklich angenommen. Es folgen die Bestimmungen über den Kreis der in die Union einzubeziehenden Personen. Der französische Delegierte fragt an, was unter „Maßer“ hier zu verstehen sei. Nur ein Teil derselben werde in Frankreich und Belgien zu den Holzarbeitern gerechnet. Der englische Delegierte stimmt dem bei. Nur die eigentlichen Möbelmaßer, z. B. die, welche die Länder der Spiegel schliessen, hingegen nicht die Baugläser gehörten in die Union. Leipart entgegnet, daß umgekehrt in Deutschland die Einheber der Fensterreiben dem Holzarbeiter-Verband zugerechnet werden müßten, weil sie auch die Holzrahmen der Fenster fertigenstellten, aber nicht etwa die Beleger der Spiegel mit Quecksilber. — Man läßt es also bei der im Entwurf vorgeschlagenen allgemeinen Fassung bewenden, zumal da dieses Statut der Union nur für die internationale Regelung, nicht für die Zugehörigkeit zur nationalen Organisation maßgebend sein soll.

Ueber die Abweisung von Anmeldungen und den Ausschluß aus der internationalen Union heißt es im Entwurf, daß sie auf „begründeten Einspruch“ hin erfolgen sollen. Mehrere Delegierte bitten um eine schärfere Formulierung, damit die „gelben“ Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine, die „christlichen“ Arbeitervereine und andre Streikbrecherverbände von vornherein ferngehalten seien. Hierbei kommt es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen dem holländischen und dem belgischen Delegierten. Jener hatte bemerkt, daß es sich empfiele, nur rein gewerkschaftliche Organisationen aufzunehmen, die keinerlei politische Nebenabsichten hätten. Dagegen protestiert Boopem s. Belgien sehr erregt und verlangt eine klare Entscheidung des Kongresses.

Der Vertreter Englands schließt sich ihm an. Ob man Freude darüber empfinde oder nicht, die Verschärfung der ökonomischen Gegenseite zwinge die Gewerkschaften in den politischen Kampf hinein. Die entschiedensten Anhänger der „reinen“ Gewerkschaftsbewegung, gerade die Führer und Beamte der Trades Unions, hätten sich in den letzten zwei Jahren geradezu in politische Fanatiker verwandelt. Eine Gewerkschaft nach der andern schloße sich dieser oder jener socialdemokratischen Organisation an. Gerade jetzt kandidiere ein Mitglied seines Verbandes zum Unterhaus. Die Zeit sei auch in England vorbei, wo man die Politik als eine Sache „nur für die Herrschaften“ angesehen habe. Dem diese hätten nicht nur Gesetze gegen die Arbeiter gemacht, sondern auch zu ihrem eignen Vorteil angewandt, ausgelegt. Sei doch durch ein einziges Gerichtsurteil allein den Bergarbeitern 150 000 Pfund gestohlen worden. (Pflauser.) Aber auf der nächsten internationalen Tagung hoffe er von einer größeren Zahl englischer Arbeitervertreter berichten zu können. Jedenfalls werde er unablässig für die Aufführung seiner Klassen-genossen arbeiten. (Stürmischer anhaltender Beifall.)

Leipart-Deutschland bittet zu beachten, daß trotz der formellen Neutralität der deutschen Gewerkschaften diese lebhaft Freude über die politische Thätigkeit der Mitglieder empfänden. Redner bittet, es nach dieser Aussprache bei der allgemeinen Fassung des Entwurfs zu belassen.

Staret-Oesterreich bittet im Gegentheil, zu bestimmen, daß nur solche Gewerkschaften der Union angehören dürfen, die auf dem Boden des Klassenkampfes ständen. Er sehe ganz auf dem Boden der englischen und belgischen Delegierten.

Empel-Holland kann seine Anregung, politische Gewerkschaften vom internationalen Bunde auszuschließen, nicht bedauern. Diese Debatte sei nützlich gewesen. Die Erörterung der Frage, ob politische Thätigkeit für die ökonomischen Arbeiterorganisationen zweckmäßig sei, gehöre auf den internationalen Kongress. Er bleibe dabei, daß die Gewerkschaften sich von Politik rein halten müßten,

Die hätten nur wirtschaftliche Fragen zu lösen. Keine Gewerkschaft dürfte von ihren Mitgliedern eine politische Ueberzeugung oder Thätigkeit verlangen.

**Vicos - Frankreich:** Auch wir in Frankreich lassen den Mitgliedern volle Freiheit in ihrer politischen Stellung und fahren gut dabei.

**Sekret - Oesterreich:** Wir und die Belgier müssen uns entschieden dagegen wehren, daß man uns zwingen will, die Politik aus den Gewerkschaften auszuschließen. Auf der andern Seite verlangen wir nicht, daß alle Gewerkschaften sich mit Politik beschäftigen müssen. Nachdem die Frage durch die Debatte geklärt sei, ziehe er seinen Antrag zurück.

Hierauf wird die Fassung des Entwurfs einstimmig votiert. Zur Frage der Beitragspflicht für Sekretariat und Union wird zunächst durch Umfrage festgestellt, daß die Kongreßdelegierten 150 670 Mitglieder vertreten. Die belgische Delegation will den Beitrag für je 1000 Mitglieder auf 2 Fr. festsetzen. Dieser Antrag wird auch von den französischen Delegierten befürwortet, aber auf Wunsch der deutschen Organisation, die den Hauptteil der Kosten zu tragen hat, zurückgezogen. Es bleibt also bei dem Entwurf: 1 Fr. für 100 Mitglieder pro Jahr.

Kunmehr soll das Sekretariat bestimmt werden. **Loopemans - Belgien** bittet, neben dem Sekretär noch einen Stellvertreter zu wählen. In Deutschland würden die gewerkschaftlichen Führer ja oft wegen ihrer Thätigkeit für die Organisation ins Gefängnis gesteckt. Das könnte auch dem internationalen Sekretär passieren und so seine Thätigkeit leicht unterbrochen werden. Diese jämmerlichen Zustände in Deutschland müßten berückichtigt werden.

**Siers - Belgien** schlägt vor, das Sekretariat aus drei Personen zusammenzusetzen, da sonst keine Gewähr für geordnete Erledigung der Geschäfte gegeben sei.

Der Kongreß beschließt, zwei Sekretäre zu wählen, von denen der zweite die Reise fährt soll. Zum ersten Sekretär wird einstimmig **Th. Leipart - Stuttgart** vom Kongreß bestimmt. Die Wahl des zweiten wird auf seinen Vorschlag der Organisation überlassen, die über den ersten die Kontrolle führt, also dem Deutschen Holzarbeiter-Verein.

Beschließendes Organ der Union ist der internationale Holzarbeiter-Kongreß. Hierzu wird beschloffen, daß ein solcher mindestens alle 5 Jahre stattfinden muß und zwar — Antrag **Goffip - England** — möglichst im Zusammenhang mit dem nächsten Sozialistkongreß. Gegen diesen Vorschlag protestieren die Holländer: Eine so enge Beziehung zur Sozialdemokratie sei nicht nötig. Keineswegs alle Gewerkschaftler seien Sozialdemokraten. Trotzdem wird dieser Vorschlag in Form einer besonderen Resolution, die aber entgegen dem Wunsch des Antragstellers nicht in das Statut aufgenommen wird, aufrecht erhalten. Schließlich wird bestimmt, daß Anträge zum Kongreß drei Monate vor seinem Zusammentreten an den Sekretär eingesandt werden müssen; dieser soll danach die Tagesordnung den nationalen Organisationen in geeigneter Weise bekannt geben. Der Rest des Statutenentwurfs wird debattelos angenommen. Unter lebhaften Freudebezeugungen konstatiert Leipart, daß die internationale Union der Holzarbeiter nunmehr begründet ist. Als erster erklärt der Deutsche Holzarbeiter-Verein seinen Beitritt zur internationalen Union. (Erneuter Beifall.)

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der Uebertritt aus einer Organisation in die andre, die gegenseitige Unterstützung der Mitglieder im Auslande und der Abschluß von Kartellverträgen. Der Referent **Sekret - Oesterreich** weist darauf hin, daß die Verhandlungen hierüber auf früheren Kongressen zu einem praktischen Ergebnis nicht geführt haben. Aber die Union müsse dahin wirken, daß den Arbeitern, die oft gezwungen seien, ins Ausland zu gehen, nicht ihre erworbenen Rechte auf Unterstützung verloren gingen, sondern in gewissem Umfang gesichert blieben. Beim Wechsel von zwei Organisationen, die beide der Union angehören, müsse das Anrecht des Mitglieds auf Unterstützung so bemessen werden, daß die Zeit der Zugehörigkeit zu der alten Organisation ihm bei der neuen zu gute kommt. Deshalb schlägt der Referent folgende Resolution vor:

Zur Wahrung der Interessen jener Mitglieder, die durch wirtschaftliche Krisen oder andre Verhältnisse genötigt werden, im Auslande Arbeit zu suchen, sehen sich die auf dem 4. internationalen Kongreß vertretenen Holzarbeiter-Vereine und verwandten Berufsorganisationen verpflichtet, die Mitglieder gegenseitig ohne Beitragsgebühr aufzunehmen. — Betreffs Wahrung der Unterstützungsansprüche, die das Mitglied bei gleicher Dauer seiner Mitgliedschaft in der früheren Organisation erworben hätte, empfiehlt der Kongreß den Abschluß von — zu bestimmtem Zeitabschnitt kündbaren — Kartellverträgen. Das Maß der an ein übergetretenes Mitglied zu gewährenden Unterstützung muß nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit bemessen werden. Jede vertragsschließende Organisation kann nur insoweit zur Gewährung von Unterstützungen an ein früheres Mitglied einer ausländischen Organisation angehalten werden, als diese auch die betreffenden Unterstützungs-einrichtungen auch für ihre Mitglieder getroffen hat.

In allen aus dem Kartellvertrag entspringenden Streitigkeiten zwischen den Vertragschließenden entscheiden endgültig das internationale Sekretariat oder der Vorstand der Landesorganisation, der die Führung der internationalen Geschäfte mit übertragen ist.

Von diesen Seiten wird erklärt, daß schon jetzt in die Landesorganisationen ausländische Mitglieder befreundeter Verbände ohne Beitrittsgebühr aufgenommen werden und ihnen Unterstützung gewährt wird. Widerspruch gegen die Resolution wird nicht erhoben, nur wird auf Antrag **Goffip - England** bestimmt, daß der Uebertritt von einer Organisation in die andre binnen sechs Wochen erklärt werden muß.

Schließlich soll nach der Tagesordnung noch die Frage behandelt werden, auf welche Weise ausländische Streikbrecher ferngehalten werden können.

**Weltner - Ungarn** hält für das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles, wenn die Gewerkschaften schlecht gestellte Organisationen des Nachbarlandes materiell in der Agitation unterstützen. Solche Unterstützungen sollten auch vom internationalen Sekretariat vermittelt werden. Von einer Beschlußfassung wird abgesehen.

**Sekret** dankt den Holländern für die gastfreie Aufnahme und **Goffip** dem Vorsitzenden **Leipart** und den Uebersetzern für ihre mühevolle Pflanzverwaltung. Dann schließt **Leipart** den Kongreß mit einem Hoch auf die internationale Solidarität und die Union der Holzarbeiter.

Auf Wunsch der französischen Delegation bleiben die Delegierten zu einem kleinen Festbankett beisammen.

## Soziales.

### Verhütung von Blei-Erkrankungen.

Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht einen den Regierungen zur Begutachtung zugegangenen Entwurf von Vorschriften zum Schutze gegen Blei-Erkrankungen. Der Entwurf sieht vor, daß die Arbeiter bei der Verarbeitung von Bleiweiß oder andern Bleifarben in trockenem Zustande mit den bleihaltigen Farbstoffen nicht in unmittelbare Berührung kommen dürfen und vor dem sich entwickelnden Staube ausreichend geschützt sein müssen. Zu diesem Zweck darf das Anreiben von Bleiweiß mit Öl oder Firnis nicht mit der Hand, sondern nur auf mechanischem Wege in Behältern vorgenommen werden, die so eingerichtet sind, daß auch bei dem Einfüllen des Bleiweiß kein Staub in die Arbeitsräume gelangen kann. Dasselbe gilt von andern Bleifarben. Jedoch dürfen diese Bleifarben in kleinen Mengen auch mit der Hand angerieben werden, wenn dabei nur männliche Arbeiter über 18 Jahre beschäftigt werden. Bleifarbenanstriche dürfen nicht trocken abgestoßen, abgebläst oder abgeschliffen werden. Die zu bearbeitenden Gegenstände sind ausreichend anzufeuchten, um die Entwicklung von Staub zu verhüten. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß die mit bleihaltigen Farbstoffen in Berührung kommenden Arbeiter während der Arbeit mit vollständig bedeckten Arbeitsanzügen und einer Mütze bekleidet sind. Werden Arbeiter auf einem Neubau, einer Werkstatt oder in einer Werkstatt mit Maler- oder Anstreicherarbeiten beschäftigt, so muß

für sie ein Raum zum Waschen und Auskleiden vorhanden sein. Dieser Raum muß sauber gehalten und bei kalter Witterung geheizt werden. In dem Raume müssen Wasser, zum Reinigen der Hände und Füße geeignete Bürsten, Seife und Handtücher zur Verfügung gestellt werden. Die Seife muß geeignet sein, die bleihaltigen Farbstoffe von der Haut zu entfernen. Der Arbeitgeber hat die mit den bleihaltigen Farbstoffen in Berührung kommenden Arbeiter über die ihnen drohenden Gesundheitsgefahren zu belehren und ihnen zu diesem Zweck bei Antritt des Arbeitsverhältnisses das Merkblatt sowie einen Abdruck dieser Bestimmungen auszuhändigen. Der Arbeitgeber hat Vorschriften zu erlassen, welche folgende Bestimmungen für die mit bleihaltigen Farbstoffen in Berührung kommenden Arbeiter enthalten müssen: 1. die Arbeiter dürfen Brantwein nicht mit zu den Arbeitsstätte bringen; 2. die Arbeiter dürfen erst dann Mahlzeiten einnehmen oder die Arbeitsstätte verlassen, wenn sie zuvor die Arbeitskleider abgelegt und die Hände sorgfältig gewaschen haben; 3. die Arbeiter haben die Arbeitskleider bei denjenigen Arbeiten, für welche es von dem Arbeitgeber vorgeschrieben ist, zu benutzen; 4. das Rauchen von Cigarren und Zigaretten, das Schnupfen und Niesen von Tabak während der Arbeit ist verboten. Außerdem ist in den zu erlassenden Vorschriften vorzusehen, daß Arbeiter, welche trotz wiederholter Warnungen den vorstehend bezeichneten Vorschriften zuwiderhandeln, pa. Ablauf der vertragsmäßigen Zeit und ohne Aufkündigung entlassen werden können. Für Arbeiter, welche in einer Werkstatt oder auf einer Werkstätte händig mit Maler- oder Anstreicherarbeiten beschäftigt werden und dabei regelmäßig bleihaltige Farbstoffe verarbeiten, gelten folgende Bestimmungen: Der Arbeitgeber hat die Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Arbeiter einem der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sowie dem zuständigen Medizinalbeamten namhaft zu machen, approbierten Ärzte zu übertragen, der mindestens einmal vierteljährlich die Arbeiter auf die Anzeichen etwa vorhandener Blei-Erkrankungen zu untersuchen hat. Der Arbeitgeber darf Arbeiter, die einer Blei-Erkrankung verdächtig sind, zu Beschäftigungen, bei welchen sie mit bleihaltigen Farbstoffen in Berührung kommen, bis zu ihrer völligen Genesung nicht zulassen; solche Arbeiter, die sich den Einwirkungen bleihaltiger Farbstoffe gegenüber besonders empfindlich erweisen, sind dauernd von der Beschäftigung auszuschließen. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, zur Kontrolle über den Wechsel und Bestand sowie über den Gesundheitszustand der Arbeiter ein Buch zu führen oder durch einen Betriebsbeamten führen zu lassen. Er ist für die Vollständigkeit und Richtigkeit der Eintragungen, soweit sie nicht vom Arzte bewirkt werden, verantwortlich.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Erster Wahlkreis.** Heute Dienstagabend 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins in den Armuthallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Dr. Albert Südekum** über: „Ludwig Feuerbachs Leben und Lebenswerk“. Diskussion. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

**Charlottenburg.** Heute Abend 8 1/2 Uhr Versammlung des Wahlvereins im Ballsaal, Rosinenstr. 3. Es ist Stellung zu nehmen zur Generalversammlung des Kreises, die sich mit der Provinzial-Konferenz und dem Bremer Parteitag zu beschäftigen hat. Das einleitende Referat über die Partei-Organisation hält das Mitglied des Parteivorstandes, **Genosse Gerisch**. Die Mitglieder müssen sich vollständig einfinden. Für Gäste und Frauen ist die Tribüne reserviert. Der Vorstand.

**Schöneberg.** Heute Dienstagabend findet bei **Obst, Meiningers-**straße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht: Der Bremer Parteitag und die Brandenburgische Provinzialkonferenz. Ein zahlreicher Besuch wird wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet.

**Tempelhof.** Der Sozialdemokratische Wahlverein hält am Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr: große Versammlung im Lokale von **M. Müller, Verlinderstraße 41/42**. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Georg Doppel**. 2. Diskussion. 3. Wahl von Delegierten zur Kreis-Generalversammlung. 4. Verchiedenes. Frauen und Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Spandau.** Laut Beschluß der örtlichen Parteileitung findet morgen Mittwochabend 8 1/2 Uhr in sämtlichen Bezirken **Zahl-**abend statt. Der Vorstand.

## Lokales.

### Respekt vor dem Walde!

Die Königsheide, der zwischen Pausmühlentweg und Johannis- thal gelegene Wald, ist also nicht gesperrt. Die Alarmnachricht, die durch die Zeitungen ging, beruhte erfreulicherweise auf einem Irrtum. Sie mußte aber durchaus glaubhaft erscheinen; denn bei der Rücksichtslosigkeit, mit der viele Ausflügler in den Waldungen der Umgebung von Berlin haufen, darf man sich jederzeit darauf gefaßt machen, daß eines Tages wieder einmal für dieses oder jenes Stück Wald der Verkehr beschränkt oder ganz verboten wird.

Wenn eine Forstverwaltung, um den Waldverwüstungen zu steuern, schließlich zu dem Radikalmittel der Sperrung greift, so kann man ihr das wirklich kaum noch verdenken. Das Bedauerliche ist nur, daß in solchem Fall die Unschuldigen mit den Schuldigen leiden müssen. In dem Gebiet der Oberförsterei Köpenick, das sich von Mummelsburg bis Scherz erstreckt, hat seit einigen Jahren der Forstmeister **Kottmeier** den Versuch gemacht, an die Verantwortlichkeit und das Ehrgefühl der Ausflügler zu appellieren. Er hat gedruckte Aufrufe, in denen er auf das Unvernünftige und Häßliche der Waldverwüstungen hinweist, in vielen Tausenden von Exemplaren in den Waldungen ausgelegt. Das Mittel ist nicht wirkungslos geblieben, aber den rechten und vollen Erfolg, den man sich gewünscht und erwartet hatte, hat es doch nicht gehabt. Herr **Kottmeier** hat in seinen Aufrufen gebeten, ihm das Radikalmittel der Absperrungen zu ersparen. Wer weiß, ob nicht auch er noch mal zu diesem heuchlerischen greifen wird.

Der Berliner läßt sich gern vorerzählen, ein wie leidenschaftlicher Naturfreund er sei. Man möchte das beinahe glauben, wenn man sieht, wie er an Sonn- und Feiertagen mit Kind und Regel in Feld und Wald hinauszieht. Wenn wir dann aber beobachten, wie die Mehrzahl der Ausflügler sich da draußen aufführt, dann müssen wir es doch sehr bezweifeln, daß es mit der Naturfreundschaft und dem Naturverständnis des Berliners weit her sei. Wer den Wald liebt und ihn respektiert, der wird Respekt vor ihm haben und nicht ihn in so greulicher Weise schimpfieren, wie die Berliner „Naturfreunde“ es thun. Ist es denn nötig, daß jeder sein besetztes Stullenpapier zurückläßt? Daß er geleerte Flaschen wegwirft und sie womöglich noch in Scherben schlägt? Ist es nötig, daß man die Sträucher ihres grünen Schmuckes beraubt, um Wälder und Wälder nach einer kurzen Viertelstunde vertrocknet auf den Weg zu werfen? Daß man an den Bäumen umherturnt, bis man mit einem Ast herunter- fracht? Ist es nötig, im Walde zu toben und zu krallen? Der einzelne sagt sich: Was schadet's, wenn ich mein bißchen Stullenpapier ins Moos werfe oder mir mal einen Zweig abspalte! Gewiß, das schadet nicht viel, wenn es ein einzelner thut. Aber es giebt leider Tausende und Zehntausende solcher „einzelner“. Keiner von ihnen legt sich die Frage vor, was aus dem Wald werden soll, wenn jeder so denken und so handeln wollte. Jeder von ihnen denkt so und handelt so, und was dann aus dem Wald wird, das sehen wir ja.

Unsere Vorfahren galt der Wald als Gemeingut. Heute ist er es nicht mehr, aber die Erinnerung an den früheren Zustand dauert noch fort. Auch im Berliner ist sie noch lebendig; das beweist unter andern die Enttäuschung, die ihn nach, wenn man ihn wieder einmal eine von ihm verwüstete Waldung sperrt will. Aber in ihm wirkt die Vorstellung des Waldes als eines Gemeingutes mehr zum Schaden als zum Nutzen des Waldes. Was Gemeingut ist, soll vom einzelnen nicht zerstört, sondern beschützt und erhalten werden. Die Berliner „Naturfreunde“ denken anders. Sie leiten aus der Vorstellung, daß der Wald eigentlich noch immer Gemeingut sei, das Recht her, ihn zu misshandeln und ihn einen Raub des einzelnen werden zu lassen. Wenn doch jeder, den es Sonn- und Feiertagen in die erquickende Kühle und Stille des Waldes treibt, ein tüchtiges Stück sozialistischer Anschauung und Denkart mit hinanzunehmen wolle! Dann würde den Waldverwüstungen bald ein Ende bereitet sein.

**Vom Trost am Grabe.** In unseren Betrachtungen über dieses Thema (Nr. 188 vom 12. August) hatten wir unter Angabe von Zahlen dargestellt, wie selten in manchen Kirchgemeinden Berlins bei Beerdigungen ein Pastor als Trostspender bemüht wird. D-vbi hatten wir auch erwähnt, daß in der Auserhebungsgemeinde in den Jahren 1902 — dem letzten, aus dem uns bisher Zahlen bekannt geworden waren — nur bei 271 von über- haupt von 1197 Beerdigungen ein Geistlicher mitgewirkt habe. Hierzu erhalten wir vom Pfarramt der Auserhebungsgemeinde eine Postkarte, in der der unterzeichnete Pastor **Schmidt** erklärt, die von uns über seine Gemeinde gemachten Angaben seien falsch. „Nach der amtlichen Aufstellung sind“, so schreibt er, „im Jahre 1902 von 1125 Beerdigungen 585 mit geistlicher Begleitung, also über die Hälfte, und im Jahre 1903 von 1272 Beerdigungen gar 706 mit geistlicher Begleitung, also auch weit über die Hälfte, vollzogen worden.“ Wir haben darauf dem Pfarramt beziehungsweise dem Herrn Pastor erwidert, unsere Zahlen seien einer amtlichen Publikation, dem Berliner Statistischen Jahrbuch für 1902, entnommen. Herr Pastor **Schmidt** wird zweifellos bemüht sein, den überraschenden Widerspruch aufzuklären, der zwischen seinen Angaben und denen des Jahrbuches besteht. Wir haben ihn gebeten, uns von dem Ergebnis seiner Bemühungen Kenntnis zu geben, damit wir es unsern Lesern mitteilen können.

Die Sterblichkeitsziffern der Berliner Bezirke werden ungünstig beeinflusst durch die Sterbefälle aus den zahlreichen Anstalten, die sich außerhalb Berlins befinden, aber mit Berliner Einwohnern bezieht sind. Solche Anstalten sind die städtischen Irrenhäuser und viele private, ferner zwei Gefängnisse, das Arbeitshaus, das Waisen- lazarett usw. Würden in den betreffenden Bezirken die Sterbefälle ortsfremder Personen ausgenommen, so läme für manche Orte eine erheblich niedrigere Sterblichkeitsziffer heraus. Für den Gemeinde- bezirk **Vogelagen - Mummelsburg**, in dem zwei Anstalten mit hoher Sterblichkeit: das Arbeitshaus und das Waisenlazarett liegen, wird in den Veröffentlichungen des statistischen Gesundheitsamtes diese Aussonderung der ortsfremden Verstorbenen seit März dieses Jahres gemacht. Das Ergebnis ist lehrreich. In den Monaten März, April, Mai, Juni 1904 fanden in **Vogelagen-Mummelsburg** 42, 37, 48, 42 Personen, und die Sterblichkeitsziffer war nach den Berechnungen des Gesundheitsamtes 29,3, 25,8, 33,5, 29,3 auf je 1000 Personen der Bevölkerung. Nach Aus- sonderung der Ortst Fremden stellte sich in den genannten vier Monaten die Zahl der Gestorbenen auf nur 31, 27, 31, 26, und die Sterblichkeitsziffer ermäßigte sich dementsprechend auf 21,6, 18,8, 21,6, 18,1. Die Ortst Fremden waren im März und April mit mehr als einem Viertel, im Mai und im Juni mit mehr als einem Drittel an den Sterbefällen beteiligt.

Die Gewässer in der Umgebung Berlins befinden sich jetzt endlich in zwar langsamem, jedoch ständigen Steigen. Der Wasserstand der Spree hat innerhalb des Reichsbildes Berlins seit Freitag etwa 8 Centimeter zugenommen und die Erhöhung des Wasserspiegels des Tegeler Sees kündigt auch ein Steigen des Havelaufes an. Da in den letzten Zeiten in den Gebirgen ergiebige Regen stattgefunden haben, ist Aussicht vorhanden, daß die Wasserkalamität in den Flüssen nun endlich gehoben wird.

Ein alter Folschmünger, der 36 Jahre alte **Walter Ludwig Scherf**, wurde am Sonnabend wiederum zur Haft gebracht. Er betrieb sein Geschäft früher längere Zeit, wurde dann aber abgesetzt und spielte dann den Töbtsüchtigen. Als ungenügsamer Geisteskranker, der stets wieder rückfällig wird, wurde er nach der Irrenanstalt in Herberge gebracht. Vor etwa drei Monaten schien sich sein Zustand gebessert zu haben, und **Scherf** kam aus der Anstalt, um in der Wälderstraße Wohnung zu nehmen. Bald fand er sich wieder mit seiner früheren Braut zusammen und richtete in der bequem be- legenen Wohnung, dessen Vermieter tagsüber abwesend waren, eine Folschmüngerwerkstätte ein. Er betrieb die Müngerei im großen und konnte bei ungestörter Arbeit in aller Stille zweimarkstück mit dem Münzzeichen D 70 und 92 und A 1900 und 1903 und dem Bildnis Kaiser **Wilhelm II** in großer Menge herstellen. Zur Verfertigung der Münzstücke benutzte er eine galva- nische Batterie. Nun kamen die falschen Münzen durch dritte Per- sonen teils mit ihrem Wissen, teils ohne ein solches in den Verkehr und wurden bald angehalten. Die Kriminalpolizei hielt Umschau nach ihren alten Bekannten und erfuhr bald, daß **Scherf** aus der Anstalt entlassen war. Seine Wohnung wurde schnell gefunden und eine Beobachtung ergab, daß **Scherf** zwar reichliche Ausgaben machte, aber stets in vollwertiger Münze zahlte. Nun war aber das Ver- hältnis zu seinen Wirtsleuten nicht ungetrübt geblieben und beider- seits traute man einander nicht. Die Wirtsleute hatten das Gefühl, daß irgend etwas bei **Scherf** vorgehe, er dagegen glaube vor einem Berrat nicht sicher zu sein. Er fand einen Ausweg, indem er sich eine eigene Wohnung mietete und sein ein- richtete. In diese wollte er sein altes Verhältnis als junge Ehe- gattin in der nächsten Zeit einführen. Sein Handwerkszeug, Formen, Ziegel, Platten, die Batterie sowie das fertige Vermögen mußte aber vorläufig sichergestellt werden. Dazu benutzte er einen Abort auf dem Hofe der alten Wohnung, dessen Sitz er abschraubte und nach Vergung der Schäge wieder aufsteckte. Damit hatte er zunächst richtig gerechnet; denn die Kriminalpolizei fand bei einer Durch- suchung seiner Wohnung nichts Verdächtiges. Damit war die Polizei aber nicht zufrieden und entdeckte endlich den Versteckort **Scherf's**, wo er den Schatz versteckt hielt. Seine Heirat ist durch diesen Zwischenfall aufgehoben, wenn nicht überhaupt aufgehoben.

Beim Spielen überfahren wurden am Sonnabendnachmittag um 8 Uhr die beiden 10 und 9 Jahre alten Brüder **Fritz** und **Karl Sahndorf**, deren Eltern **Partelstr. 1** wohnen. Sie spielten in der Dürtenstraße Pferd, indem der ältere den jüngeren Bruder mit einer Faustkeule vor sich hertrieb. Als sie vor Nr. 8 über den Strohen- dammen rannten, fuhr ein Brauerwagen vorüber. **Karl Sahndorf**, der vorne war, lief auf das linksgehende Brauerpferd zu und erhielt einen Hufschlag an der rechten Schulter. Nun kamen die beiden Anaben zu Fall, und das eine Vorderrad des Wagens ging dem älteren über den Leib, während der andre nur gestreift wurde. Beide wurden von einem Schuttmann in einer Droßke nach der Unfallstation X und dann in bedenklichem Zustande nach dem Kranken- haus am **Friedrichshain** gebracht.

Eine Salpetervergiftung zog sich am Sonntag der 34 Jahre alte **Pförtner Fritz Krüger** aus der Alten Jakobstraße 80 zu. Er war mit dem Reinigen des Hauses beschäftigt, während im Keller ein schab- haft gewordener **Ballon Salpeter** lagerte, der der Druckerei **Einisch** gehört. Durch das fortgesetzte Einatmen der Salpeterausdünstung stellten sich bei Krüger am Abend starke Kopfschmerzen und Er- brechen ein. Es wurde eine Vergiftung festgestellt und Krüger mußte nach einem Krankenhaus gebracht werden.

Geld oder das Leben, das war die Lösung eines Wetters von 30 bis 35 Jahren, der in einem Hause der Großen Hamburger- straße särmisch an einer Wohnung hingelte, deren Inhaber verweist

**Ind.** Das zur Aufsicht zurückgelassene Dienstmädchen öffnete die Thür und bedeutete dem Bettler, daß die Herrschaft verzweifelt sei, er daher keine Gabe erhalten könne. Darauf schien der Mann vorbereitet zu sein: sofort hatte er einen Fuß zwischen Thür und Schwelle gestellt, holte aus der Tasche einen Gegenstand hervor, den das Mädchen für eine Waffe angesehen hat, richtete ihn auf dieses und rief drohend: „Entweder gibst Du Geld her oder ich schneide.“ In der Angst griff das Mädchen in die Tasche und handigte das letzte Fünftelstück dem gefährlichen Menschen ein. Nun verließ er sofort. Als das verblüffte Mädchen sich erholt hatte, lief es sofort zur Polizei. Der Bettler, der einen dunkelblonden Schnurrbart hat, trug ein schwarzes Jackett und ein graues Weisbleid. — Mädchen, die allein in einer Wohnung sind, sollten überhaupt die Thür nicht öffnen.

Am ein Mittagessen gestört hat sich am Sonntagmittag die 37jährige Köpferfrau Marie Fiedler aus der Landbergerstr. 15. Das Zusammenleben des Paares, das in zehnjähriger kinderloser Ehe miteinander lebte, war kein besonders glückliches, und am Sonntag beanstandete der Mann das Mittagessen. Tief gekränkt lief Frau F. davon und versuchte sich mit Dylol zu vergiften. Als bald hörte man sie laut schreien. Derzeitende Hausbesitzer fanden die Frau auf ihrem Bette liegen, nachdem der Mann ihr die Flasche mit Gift aus der Hand geschlagen hatte. Die Frau rief: „Ach, hätte ich doch die ganze Flasche austrinken.“ Sie wurde mit einem Leinwandwagen nach einem Krankenhaus gebracht.

Einen Vergiftungsversuch mit Dylol unternahm, weil sie sich von dem Bräutigam verlassen glaubte, die 30 Jahre alte Kochmamiell Margarete Thiene aus der Raunynstraße 84. Sie hatte ein Verhältnis mit dem 27jährigen Feiler Anton Leonhardt, der auch bei ihr wohnte. Er war nicht nach Hause gekommen und hatte noch eine besondere Bitte der Th., wiederzukommen, unbeachtet gelassen. Darum nahm sie am Sonntagmorgen Mittag. Nach Hilfe rufend rannte sie zu einer Nachbarin, auf deren Veranlassung ein Schuttmann die Kranke nach Bethanien brachte. Der Bräutigam holte nun seine Sachen ab; die Wohnung wurde geschlossen.

Ein verklebter Schwereidner wird gegenwärtig von der Kriminalpolizei gesucht. In den Blumenläden des Gärtners L. in der Wilmannsstraße trat dieser Tage ein junger Mann in Straßenbahneruniform und bestellte einen Blumenstrauß. Als die Verkäuferin Elisabeth C. mit dem Binden begann, umfaßte sie der Käufer plötzlich und verabschiedete sich ohne schallenden Ruf. Das junge Mädchen wehrte sich nach Kräften, der Zubringer aber setzte seine Fäustel fort und benutzte auch nicht die Aufforderung der ihm Leben allein Befindlichen, sich zu entfernen. Erst als Nachbarn herzuwinkten, zog der freche Bursche es vor, zu verfluchen, nahm aber noch eine schöne auf dem Boden liegende Rose mit, ohne Zahlung zu leisten. Jetzt ist gegen den unbekanntem Süßholztrahler wegen thätlicher Beleidigung und wegen Diebstahls Anzeige erstattet worden, und wenn er ermittelt wird, dürfte ihm sein loser Streich eine erhebliche Strafe eintragen.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich gestern Montagabend im Betriebe der Westlichen Vorortbahn. Vor dem Hause Kurfürstendamm 184 ist plötzlich die Stuppelung eines aus Motor- und zwei Anhängern bestehenden Straßenbahnzuges der Linie A (Grüne-Wald-Vinkstraße) zwischen dem Motorwagen und dem ersten Anhänger. Der Schaffner des Motorwagens gab, anstatt weiterzufahren, das Notsignal und veranlaßte so das sofortige Halten des Motorwagens. Die beiden Anhänger liefen infolgedessen auf den Kraftwagen mit großer Gewalt auf. Durch den Anprall wurden die Fahrgäste von den Sigen geschleudert und die Wagen teilweise demoliert. Als verlegt meldeten sich der Kaufmann Sello Frankel, Ventsstraße 8, der Verletzungen am Rücken erlitten hatte, und Frau Desjourn, Alte Jakobstraße 172, die anscheinend infolge Erschreckens erkrankt, mittelst Drohke nach ihrer Wohnung gebracht werden mußte. Von dem Anhängern Nr. 102 wurde die Stirnwand beschädigt, außerdem, ebenso wie bei dem Anhänger Nr. 103, mehrere Fensterhebel zertrümmert.

Ein zweiter Zusammenstoß eines Straßenbahnzuges mit einem Bierwagen der Firma Klinge u. Co., Dreifelderstraße 29, fand gestern nachmittags in der Invalidenstraße statt. Das Pferd des Flaschenbierwagens war schon geworden und bog unmittelbar vor einem Straßenbahnzug der Linie 57 in der Nähe der Vorkampstraße auf das Geleise. Der Kraftwagen stieß mit solcher Gewalt gegen die Hinterachse des Bierwagens, daß dieser umgeworfen wurde. Der Kutscher Max Lebermann, Bernauerstr. 28, und Witwe Hartmann, Gartenstr. 89, die sich ebenfalls auf dem Bierwagen befand, wurden auf den Bürgersteig geschleudert und erlitten glücklicherweise un gefährliche Verletzungen. Der Bierwagen wurde zertrümmert, von dem Straßenbahnwagen war nur die Schutzweste beschädigt worden.

Erschossen hat sich nach einer durchschwärmten Nacht der 53 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Scheffer aus der Landbergerstraße 37. Er hatte in diesem Jahre nur wenig Arbeit gehabt und war vor sechs Wochen endlich bei der Palettschleiferei in ein dauerndes Arbeitsverhältnis gekommen. In der Nacht zum Sonntag hatte er seinen Wochenlohn verbracht. Als er morgens nach Hause kam, wurde ihm seitens der Ehefrau ein nicht eben sanfter Empfang zu teil. Die Folge war, daß er ein Nebenzimmer betrat und sich an einem Revolver zwei Kugeln in die rechte Schläfe jagte. Ein Lücklicher Rettungswagen brachte ihn noch lebend nach dem Krankenhaus am Friedrichshain. Dort erlag er alsbald den Schutzverletzungen.

**Größter.** Ein gefährlicher Fabrikbrand wütete Montagabend in der Dreßdenerstr. 38. Das Feuer kam kurz nach 7 Uhr im vierten Stock des Quergebäudes aus, in dem sich die Metallbügelfabrik von Dr. Brüning befindet. Bevor die von allen Seiten alarmierte Feuerwehre eintraf, hatte das verheerende Element bereits den ganzen Fabrikraum erfasst und auch die im dritten Stock befindliche Celluloidfabrik von Emanuel Roa ergriffen. Aus allen Fenstern schossen Stachlflammen hervor und die Feuerwehre hatte daher anfangs einen schweren Stand. Der Hauptangriff galt zunächst der Celluloidfabrik. Mit acht von Dampfspritzen gespeisten Röhren erfolgte der Angriff über zwei mechanische Leitern hinweg und von den benachbarten Dächern aus. In verhältnismäßig kurzer Zeit wurde das Feuer in der Celluloidfabrik erstickt. Das aus etwa 30 Köpfen bestehende Arbeitspersonal dieser Fabrik befand sich bei Ausbruch des Brandes noch an der Arbeit, konnte sich aber durch schleunige Flucht nach in Sicherheit bringen. Der vierte Stock mit der Metallbügelfabrik brannte total aus, und da auch die Fabrik von Roa stark in Mitleidenschaft gezogen ist, so ist der entstandene Brandschaden bedeutend. Die vollständige Ablöschung dauerte über zwei Stunden.

**Generbericht.** Durch eigene Unvorsichtigkeit erlitten zwei Dienstmädchen in der Köpferstr. 74 schwere Brandwunden. Das Dienstmädchen Gertraud Schenk war mit dem Mädchen Scholz in der Küche beschäftigt. Als die Flamme besser anzufachen, benutzte die erstere eine Spiritusflasche, um Spiritus ins Feuer zu gießen, die Flasche explodierte natürlich sofort, der Inhalt ergoß sich über die Kleider des Mädchens und im Nu standen diese in Flammen. Das andere Mädchen bemähte sich die Flamme zu erstickern, wobei es Brandwunden an den Händen und Oberarmen erlitt. Hausbesitzer löschten die Flamme, während die Feuerwehre die Schwereverletzten nach dem Krankenhaus Bethanien schaffte, wo ihr Zustand als sehr bedenklich erkannt wurde. In der letzten Nacht um 2 Uhr wurde die 3. Compagnie nach dem Velle-Alliance-Theater gerufen, wo im Waschsaal der Schürstein in Brand geraten war. In der Wallstr. 8 brannte in der letzten Nacht eine Wohnung im Dachgeschoß, das Dachgebälk e. Gleichzeitig hatte die Wehr in der Linsenstr. 150 zu thun, wo ein Wasserrohr gepland und eine Heberschwemmung verursacht hatte. In der Kommandantenstr. 49 mußte ein Brand gelöscht werden, der in einer Tapetierwerkstatt ausgebrochen war. Am Mittwoch stand in der Thierstr. 68 ein Keller in Flammen. In der Mühlenstr. 65a brannte eine Küche, in der Rotwallstr. 5 eine Wohnung, an der Schönhauser Allee der Ringbahnstamm, am Velle-Alliance-Platz 8 Prekloschen im

Keller, in der Alten Jakobstr. 120a in zweiten Stock Werten in einer Packstube, in der Gerichtstraße Grad, in der Kleinen Karlsruferstr. 12/13 Küche etc. in einer Küche.

Im Berliner Aquarium stößt der Besucher bei seiner Wanderung durch die verschiedenen Abteilungen jetzt fast allenthalben auf merkwürdige und interessante Erscheinungen. Gleich auf der rechten Seite der Schlangengalerie bemerkt er in einem der hinteren Glashäuser drei gewaltige Eidechsen, die selbst dem ständigen Besucher als etwas völlig Neues vorkommen, weil sie nach soeben beendeter Haltung in frischem reinen Farbenkleid erscheinen; es sind südamerikanische Saurier aus der Gattung der Teju. Auch der zum erstenmal hier aufgestellte Rhinoceros-Reguan hat dieser Tage sein altes mickriges erdgrünes Kleid abgetreift und nimmt sich nun in dem neuen bläulichgrünen, getüpfelten Schuppengewand um so stattlicher aus, als diese über meterlange, mit einem Horn auf der Stirn und einem scharf gezähnten Rückenlamm bewehrte Schwanz in einem ausgeprägten Nährzustand sich befindet. Eins der unteren Palastbeden, das überhaupt so manches Seltsame birgt, giebt dem Naturfreund ein ganz besonderes Rätsel auf, indem er hier eine Anzahl traubenförmiger Gebilde erblickt, die bei näherer Betrachtung wie eine Menge zusammengewachener schwarzer, kleiner Kottiche erscheinen, in Wirklichkeit aber die traubenförmig vereinigten Eier eines Fintenfisches sind.

Der Zoologische Garten hat kürzlich zwei Baumratten erworben, die im neuen Affenhaus untergebracht sind, um ihnen Gelegenheit zum Klettern zu geben. Diese eigentümlichen, nur sehr selten nach Europa importierten Nagetier sind etwa von der Größe eines Wildkaninchens, haben jedoch einen plumperen, an die echten Ratten erinnernden Körperbau und viel kürzeren Schwanz als letztere. Die beiden Tiere, ein älteres Weibchen und ein halbwüchsiges Männchen, verbringen den Tag im Halbschlaf auf den obersten Weiten ihres Kletterbaumes, den sie erst mit Einbruch der Nacht verlassen, um Nüsse, Blätter und Früchte zu verzehren. Die Heimat der Hutia Conga, wie sie auf Cuba genannt wird, ist auf diese Insel beschränkt. Da die wenig gewandten Tiere von den dortigen Regnern ihres Fleisches wegen eifrig gejagt werden, so ist ihre Zahl bereits sehr vermindert. Der Eintrittspreis beträgt heute Sonntag 50 Pf. für Erwachsene, für Kinder unter zehn Jahren die Hälfte. Ab 4 Uhr nachmittags findet im Garten Militär-Doppelkonzert statt. Der Meien-See-Elefant auf dem „Arenaterrain“ bleibt dem Garten nur noch bis Schluß dieses Monats erhalten.

### Aus den Nachbarorten.

**Lichtenberg.** Auch eine Verächtigung. Wir erhalten folgende Zuschrift:

In erster Beilage der Nr. 184 des „Vorwärts“ vom Sonntag, den 7. August d. J., ist unter der Rubrik aus den Nachbarorten, Lichtenberg, eine mich betreffende Notiz enthalten, deren Inhalt auf Unwahrheit beruht.

Zu beantragen daher auf Grund des § 11 des Preßgesetzes die Aufnahme folgender Verächtigung:

1. Es ist un wahr, daß ich einen Arbeiter zur Anzeige gebracht habe, der für den Grimmitzhauer Streik kollektiert hatte.

Ein dem Sammler feindselig gesinnter Arbeiter hatte mir erstere am 19. Dezember 1903 wegen des Sammelns zur Anzeige gebracht und diese Anzeige habe ich meiner Inspektion gemäß meiner vorgesetzten Behörde vorlegen müssen.

2. Es ist un wahr, daß ich für eigne Rechnung noch sonst als Kollektant tätig gewesen bin.

3. Die Gastwirte und Geschäftstele meines Reviers sind mir ebensowenig tributpflichtig, wie allen übrigen Polizeibeamten.

4. Es ist auch un wahr, daß ich am 15. d. Mis. meine Entlassung nehme.

Lichtenberg, den 12. August 1904.

Hierzu bemerkt unser Gewährsmann:

Verächtlichkeit ist eine Lüge.

Doch weiter kommt man — ohne ihel!

1. Es ist wahr, daß auf dem Straßnam, das einem Arbeiter, der in einem Lokal der Rummelsburgerstraße, in dem der Polizei-Sergeant Herzberg anwesend war, für die durch brutalen Unternehmer-Lebermut ausgepöbelten Grimmitzhauer Weber auf eine vom Gewerkschaftsleiter herausgegebene Liste sammelte, zugestellt worden ist, Herzberg als Zeuge des „Vergehens“ bezeichnet ist. Ebenso wahr ist, daß H. den „Sammler“ im Lokal selbst gestellt hat.

2. Es ist wahr, daß noch am 28. Juli die „Kollekte“ für eigne Rechnung mit Erfolg betrieben wurde. Der Schankwirt F., Rummelsburgerstraße 38, beteuerte noch am Sonnabend, den 18. August, abends, den Verlust von baren 30 M., die sich H. am 28. Juli auf einen Tag ausgegeben hatte. Fortsetzung könnte folgen.

3. Die Strafanzeige des Großschlächters Meißner, die von einer Reihe Geschäftstele gestützt wird, und die im Laufe des geforderten Strafverfahrens wohl noch wesentliche Erweiterung erfahren dürfte, soll erweisen, daß es wahr ist, daß H. es verstanden hat, sich die Geschäftstele tributpflichtig zu machen.

4. Es ist anzunehmen, daß H. seine Entlassung zu „nehmen“ nun nicht mehr Gelegenheit hat; nachdem obenstehende „Verächtigung“ erschienen, dürfte vielmehr der Ausgang des Strafverfahrens die Form der Entlassung bestimmen; bis dahin dürfte wohl der „freiwillige Urlaub“ fortzuwahren.

**Über-Schöneweide.** Der letzte Gemeindevertreter-Sitzung lag ein Antrag der Schuldeputation und Baukommission vor, in der Luisenstraße neben der Turnhalle ein Gemeindehaus für 150 000 M. zu errichten, zur Unterbringung der Amts- und Gemeindebüreau der höheren Schule, sowie Schaffung von Rektor- und Gemeindevorsteherwohnungen. Wahrend hierfür seien die mickrigen Verhältnisse in den jetzigen Amtsräumen und der höheren Schule. Genosse Grunow bezeichnete es als ungeheuerlich und unwirtschaftlich, daß solch ein Projekt, von dem die Mehrzahl der Gemeindevertreter bis zur Stunde nichts wußten, jetzt zur Beschlußfassung stehe, wo vor einem Jahre im Prinzip der Bau eines Rathhauses, und noch erst vor acht Wochen der Bau der dritten Gemeindegemeinschaft beschlossen wurden, nachdem hierfür seitens der zuständigen Stellen die unbedingte Notwendigkeit hervorgehoben war. Entweder sei man hierin schlecht beraten oder man mache der Vertretung etwas vor.

Erst veranlaßt man einen Wettbewerb für das Rathhaus, laufe für 90 000 M. ein Schulgrundstück und jetzt laufe man dies alles fallen. Er verwarf dem Projekt, da er in demselben keinen Vorteil sehe und mangels jeder vorherigen Information, die Zustimmung. Auf seinen Fall seien die Vertreter als Jagemachinen da. Nach heftiger Debatte wurde der Antrag mit 5 gegen 4 Stimmen angenommen.

— Der Bau der Turnhalle in der Wallstraße für den Preis von ca. 16 000 M. wird dem Unternehmer Roas zugeteilt. Auf Antrag des Genossen Grunow wird beschlossen, bei Submissionen nach der Richtschnur zu verfahren, daß nicht auf alle Fälle dem Mindestfordernden der Zuschlag erteilt wird. — Für Lehrmittel an der Schule Wallstraße werden 1000 M. bewilligt. — Zur Deckung größerer Ausgaben wird die Aufnahme einer Anleihe von 466 000 M. beschlossen. — Ferner wird festgelegt, daß hinfür die Interessenten die Kosten der Rohrleitung beim Anschluß an die Kanalisation bis zum Hauptrohr zu zahlen haben. — Die Beiträge zur Handwerkerkammer, welche bislang die Gemeinde aufbrachte, sollen jetzt auf die Beteiligten umgelegt werden. — In die Gesundheitskommission wurden Herr Herbig und Genosse Grunow gewählt. — Nachdem die bisherige Leiterin der höheren Schule die Abfindungssumme von 2800 M. angenommen und die Vertagung aufgegeben, wird ein Rektor angestellt. — Der von der Regierung geforderte Besuchsplan für die höhere Schule wird aufgestellt.

**Über-Schöneweide.** Wegen eines schweren Sittlichkeitsverbrechen ist hier der Schlosser Kolowen der Arbeitshalle weg verhaftet worden. A. wird beschuldigt, mit seiner eigenen 18jährigen Tochter ein fräisches Verhältnis unterhalten zu haben, welches nicht ohne Folgen blieb. Das Kind, welches ohne schrifts-

mäßige Beihilfe geboren und nach Aussage der Verhafteten (die Tochter befindet sich gleichfalls in Haft) tot zur Welt kam, soll in der Hochmaschine verbrannt worden sein. A., welcher früher hier als Werkmeister tätig war, soll mit seiner Frau stets in Unfrieden gelebt haben.

Ein gefährlicher Waldbrand entstand am gestrigen Sonntag, nachmittags, in der Schönholzer Heide. Halbweidliche Burschen hatten an der Wöschung der Nordbahn ein Feuer angezündet, um „Indianer“ zu spielen. Das trodrene Gras an der Wöschung wurde von den Flammen erfasst und bald stand eine Fläche von etwa 100 Meter in Brand. Das leichte Gehölz am Walde war bereits erfasst, als Leute herbeigezogen kamen und das Feuer erstickten. Eine Viertelstunde später und das ganze Unterholz der Heide hätte in Flammen gestanden. Da vor einigen Tagen sich dort schon ein ähnlicher Vorfall abspielte, soll von den Polizeibeamten jetzt dem Treiben der sich in der Heide herumtreibenden Burschen energisch Einhalt geboten werden.

Zeugen eines gewaltigen Feldbrandes wurden gestern die Fahrgäste auf der Straße Berlin-Stendal. Etwa drei Meilen vor Stendal war jedenfalls durch Funkenauswurf einer Lokomotive das Gras der Waldwäschung in Brand geraten und das Feuer griff nach einem angrenzenden Haderfeld über. Innerhalb weniger Minuten bildete das über einen Morgen große Gelände ein einziges Flammenmeer, welches sich immer weiter ausdehnte, über ein schmales Kartoffelfeld hinwegkarrte und dann noch ein zweites größeres Haderfeld entzündete. Aus den umliegenden Detschäften waren Hunderte von Personen bemüht, durch Ziehen von Gräben und Sandaufwerfen das Brandfeld abzugrenzen, was jedoch erst nach längerer Zeit gelang. Da auch mehrere Strohmieten von dem Feuer betroffen worden sind, so ist der durch daselbe angerichtete Schaden ein ganz enormer.

### Verfammlungen.

Der Verband deutscher Gastwirtsgehilfen (Ortsverwaltung Berlin) hielt am 29. Juli im „Englischen Garten“ eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Fischer gab den Bericht des Vorstandes, Sohn den der Geschäftskommission, Zeiske den Bericht des Arbeitsnachweises und den Kassenbericht. Danach haben im verfloffenen Quartal 6 Versammlungen, 30 Vorstandssitzungen und 100 Kommissionssitzungen stattgefunden. Die Mitgliederzahl ist von 750 auf 837 gestiegen. Vermittelt wurden 145 Kellner für fest, 5689 zur Aushilfe, dadurch wurden den gewerkschaftlichen Stellenvermittlern 3730,25 M. Vermittlungsgebühren entzogen. Die Einnahmen inkl. Bestand vom vorigen Quartal (320,40 M.) betragen 4407,40 M., die Ausgaben, darunter 528 M. für Krankenunterstützung und 1681,90 M. an die Hauptkasse, 3568 M., so daß am Schluß des Quartals ein Kassenbestand von 829,40 M. in der Kassa verbleibt. Für die ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Schroppe, Steinmann, v. Steb, J. G. d. Traun, und Thomas als 1. Vorsitzender. Hierauf wurde nach längerer Debatte auf Antrag des Vorstandes beschlossen, auch für das Winterhalbjahr einen Lokalzuschlag von 10 Pf. pro Woche zu erheben; in geheimer Abstimmung wurde derselbe mit großer Majorität angenommen.

**Charlottenburg.** Die General-Versammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands (Ortsverwaltung Charlottenburg) tagte am Sonntag, den 24. Juli im Volkshaus. Die Einnahme betrug im 2. Quartal 1803 M. 52 Pf. Ihr steht eine Ausgabe von 1081 M. 12 Pf. gegenüber, so daß ein Kassenbestand von 222 M. 40 Pf. verbleibt. Gebert gab den Geschäftsbericht. Versammlungen, Vorstandssitzungen und Zusammensitzungen fanden 81 statt, Briefe, Karten und Drucksachen gingen ein 42 Stück, während versandt wurden 209 Briefe, 185 Karten und 1811 Drucksachen. Schriftstücke wurden 38 Stück angefertigt. An 42 Mitglieder wurde Auskunft erteilt. Arbeitslos meldeten sich 12 Kollegen, davon waren 2 unorganisiert. Krank waren 13 Mitgl., davon durch Anfall 10. Zur Einführung des Streiffonds wurde beschlossen, die vom Hauptvorstand eingeschickte 30 Pf. Fonds wurde beschlossen, die vom Hauptvorstand eingeschickte 30 Pf. Marke mit diesem Quartal obligatorisch einzuführen. Ferner wurde beschlossen, zur Erhaltung des Volkshauses 5 Pf. pro Kopf und Quartal an die Volkshauskommission abzuführen. — Bei den Erfahrungsproben wurden gewählt als 2. Kassierer B. H. H. als Revisor Goldberg. Bei Besprechung der Arbeitslosenabnahme wurde die schleppende Handhabung derselben beklagt. Nachdem noch der Bericht von der letzten Gewerkschafts-Kommissionssitzung gegeben war, wurde der Beschluß angenommen, mit den übrigen Kutscher-Vereinen gleiches Ansehen in Verbindung zu treten.

**Deutscher General-Verband.** Mitgliederversammlung Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr im Restaurant Niesel, Stralauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

**Kommunistische Arbeiter- und Arbeitervereine von 1885 (G. d. T.).** Dienstag, den 16. August 1904, abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 59: Sitzung.

**Deutscher Arbeiter-Absincenten-Bund, Ortsgruppe Berlin.** Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27: Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Carl Baron über: Strohrecht und Persönlichkeit. Diskussion. Gruppen-Angelegenheiten. Gäste, Damen und Herren, willkommen.

### Briefkasten der Redaktion.

**Ingenieur.** „G“ anmerkend wie ich; es wie ich. — Absolut genaue Angabe nur am 13. möglich. — **Vordamm.** Herr Julius Reiter, Lindenstr. 131, IV. — **G. 22.** Antwort bereits in Nr. 189. Jeweils werden zum Tode Verurteilten zur Beschäftigung nach G. begnadigt. In der Regel wird die Exekution durch den Strang an ihnen vollzogen. — **G. R. Reiter.** — **B. 2. 3a.** — **B. 22.** 1. 3a. 2. Reiter.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

**H. S. Rummelsburg.** Für die Nachbarnverhältnisse ist § 910 des Bürgerlichen Gesetzbuches entscheidend. Danach kann der Eigentümer eines Grundstückes die Wurzeln eines Baumes oder eines Strauchs abschneiden lassen und behalten, die von einem Nachbargrundstücke eingebrachten sind. Das gleiche gilt von herabragenden Zweigen, wenn der Eigentümer dem Besitzer des Nachbargrundstückes eine angemessene Frist zur Beseitigung fruchtlos bestimmt hat. Reinzuschneiden die Wurzeln oder Zweige die Benutzung des Grundstückes nicht, so steht dem Eigentümer dies Recht nicht zu. — **B. 2. 75.** 1. Die Armenrechtsbewilligung besetzt vorläufig von der Zahlung von Gerichtskosten und der Kosten des eignen Anwalts, nicht aber von Erhaltung der gegenwärtigen Kosten. 2. Die Strafverfolgung von Verbrechen, die mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, verfährt in 20 Jahren, jede gegen den Täter gerichtete Handlung des Richters, z. B. Steckbrief, Anträge bei der Polizeibehörde, Vernehmung von Zeugen, unterbleibt die Verjährungsfrist. — **M. S. 32.** Der Wirt kann für Schäden, die der Schornsteinfeger verursacht hat, schließlich in Anspruch genommen werden, wohl aber der Meister und Geselle der Auf- und Verbreitung.

**Wasserstand** am 13. August. Höhe bei Kuffig — 0,85 Meter, bei Dresden — 2,22 Meter, bei Regensburg — 1 Meter, in Frankfurt + 0,70 Meter, in Deggendorf + 0,70 Meter, bei Rastatt + 0,48 Meter, bei Breslau Ober-Bergel + 4,14 Meter, bei Breslau Unter-Bergel — 1,87 Meter, bei Hannover + 0,11 Meter. — **Beziehungen** bei Brandenburger — 1,68 Meter. — **Barthel** bei Posen — 0,22 Meter. — **Reise** bei Wismar + 0,60 Meter.

**Witterungsübersicht vom 15. August 1904, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer	Wind	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Temperatur	
Eintriede	755	SSW	4 bedekt	10	Caparanda	754	S	2 bedekt
Hamburg	755	SSW	3 Regen	16	Beltsburg	756	WSW	2 bedekt
Berlin	756	SSW	2 bedekt	20	Coit			
Frankfurt a. M.	760	SSW	4 bedekt	22	Niederden	742	SSW	3 Regen
München	765	SSW	3 halb bed.	21	Paris	763	WSW	2 bedekt
Wien	763	SSW	1 — no Reg.	17				

**Wetter-Prognose für Dienstag, den 16. August 1904.** Einmal kühlere, zeitweise auflockernde, vorwiegend trübe mit schwachen Regenschauern und häufigen westlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 16. August.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Königl. Opern-Theater.**  
Die Geisha, oder: Eine japanische Eheausgeschiedene.  
**Belle-Alliance.** Kamrad Lehmann.  
Anfang 8 Uhr.  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Oberon, König der Elfen.  
Wefen. Kramelle Altona.  
Berliner. Kapfenreich.  
Neues. Einen Zug will er sich machen.  
Reizend. Die 300 Tage.  
Kleines. Nachtst. 1.  
Trianon. Die Rotbrüde.  
Metropol. Ein tolles Jahr.  
Hippolyt. Venus auf Erden. Spezialitäten.  
**Grossfeld-Theater.** Rur eine Nacht.  
Um andern Morgen.  
**Stadt-Theater** Morbit. Der reiche Kuffel.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** La belle Georgette.  
Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Die Insel Rügen.  
**Invalidenstr. 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Einen Jux will er sich machen.  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Salome. Logik des Horzens.  
**Central-Theater**  
8 Uhr: Einakterabend aus Fritz Reuters Werken: 1. Die Kamellen. 2. Länchen und Memel. 3. Dämme Rutes Abschied. 4. Rothen Käse. 5. Der ägyptische Ständchen. 6. Ein kleiner Beamter.  
Emil Richard, 1. u. 2. Hofkapellmeister, a. G. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Des Pastors Rieke.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Des Pastors Rieke.

**Apollo-Theater.**  
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.  
8 Uhr:  
**Venus auf Erden.**  
Operette von **Paul Lincke.**  
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des grossen August-Programms und Rob. Steidl mit neuen Schlagern.

**Metropol-Theater**  
Der grösste Erfolg dieses Jahres:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Hollaender.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**Residenz-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Die 300 Tage.**  
Schwan in 3 Akten von Paul Veraval u. Robert Charney. Deutsch v. H. Palm.  
Herr Richard Alexander in der Hauptrolle.

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 78/79.  
Direkt Ringbahnstation.  
Täglich: Ob Regen! im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue konfurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Beisatz!  
Dirig. **Les trois Dañls,** die haben im kleinsten Liederling. Beste Motor-Heim-Compagnie, mit unsterblichen Original-Triest.  
Dirig. **Köhley-Trio,** tenor. Vortrags-Künstler und Hochturnkünstler.  
**Hedy Brumien,** der kleine Stobald.  
Elsa u. Paul Jescheck, unformlich.  
Dirig. **Luigia e don Oligio,** konfurrenzlosler Melange-Act.  
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand u. Kaffeebüche. Volksbelustigungen.  
Bis 2 Uhr: **Ball.** Entree 20 Pf. Sonntags 30 Pf.

**Etablissement Suggenhagen**  
Moritzplatz.  
Täglich von 12-1 Uhr: Mittagstisch.  
Am grossen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:  
**Konzert.**  
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:  
Führmann-Walde-Sänger.  
Sonntags: **Tanz.**  
Besantio, Rehaiteur; Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater). Morwit-Oper. Dienstagabend 8 Uhr bei halben Preisen:  
**Oberon, König der Elfen.** Große romantische Oper in vier Akten von G. W. v. Weber.  
Mittwochabend 8 Uhr: Vorlesung des Schauspielers Heinrich Bötzel. Martha, oder: Der Markt zu Richmond.  
Donnerstagabend 8 Uhr: **Figaros Hochzeit.**  
**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Geöffnet Innt. Sonnabend, Morwit-Oper. Sonntag nachmittag 3 Uhr bei halben und ermäßigten Preisen:  
**Der Freischütz.** Sonntagabend 8 Uhr: Schauspiel Heinrich Bötzel.  
Der Postillon von Lonjumeau. Im Garten: Grosses Militärkonzert.

**Nur noch kurze Zeit!**  
**Flotten-Schauspiele**  
Kurfürstendamm 153-155.  
Straßenbahn-Verbindung: Linien A, T, V, A/E, 91.  
**Grösste Wasser-Schauspiele der Welt**  
auf 6000 qm großem See.  
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.  
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Mittwoch, 17. August: Sonntag 3, 5 1/2, u. 8 Uhr. **Billiger Tag!**  
Donnerstag, den 18. August: **Elitetag,** verbunden mit grossartigem Feuerwerk. 21/10

**Max Kliem's Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.  
In den Sälen:  
**Grosser Ball.**

**Urania.** Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Die Insel Rügen.**  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**Passage-Panopticum.**  
**Das Bärenweib, lebend.** Der 16-jährige Riesenkanabo  
**Der lange Josef**  
217 cm gross.  
Nada und Mamos, Gedankenleser.  
**Der Leichenfund.** Aga, die schwebende Jungfrau. Alles ohne Extra-Entree.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
Friedrichstr. 165.  
**Das grösste Ehepaar der Welt**  
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:  
**Militär-Doppel-Konzert.**  
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. In der Arena: Der See-Elefant. Entree vom Garten 20 Pf., von der Straße 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Cirkus Sarraiani.**  
Grösster und elegantester Zeit-Cirkus Europas.  
Täglich:  
**5 dressierte Havanna-Schweine.**  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute abend 8 Uhr: Eröffnungsvorst. der Winter-Saison. Zum 41. Male:  
**Kamrad Lehmann.**  
Im Sommergarten Anfang 8 Uhr: Curt Goldmann-Konzert und grosse Spezialitäten-Vorstellung.

**WINTER GARTEN**  
Eröffnungs-Programm.  
Pas de Deux oriental.  
Tilly Babb mit ihren 12 Löwen.  
Paula Worm, Operettensängerin.  
Ital. Harfenorchester, 23 Harfenistinnen.  
Rudolf Segommer, Ventriloquist.  
Severin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.  
Die Klein-Familie, Radfahrer.  
Die 3 Cocktails, Tanz-Ensemble.  
Die Baggesens, komische Jongleure.  
Die 3 Meteors, Hochturner.  
Marcell Salzer, Vortragskünstler.  
Mlle. Lafargue, Pariser Sängarin.  
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

**Passage-Theater.**  
**La belle Georgette,** Flammen- und Radium-Tänzerin.  
**Naniwa, japanische Truppe.** Vierzehn erstklass. Nummern.

**Gebrüder Herrfeld-Theater.**  
(XIII. Berliner Winter-Saison.)  
**Nur eine Nacht.** Zwei Akte aus einer Ehe.  
**Am andern Morgen.** Schauspiel zu „Nur eine Nacht“.  
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrfeld in den Hauptrollen.  
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr. Der große Naturgarten ist geöffnet.

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Busch-Viesel.**  
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm.  
Povel and Povel, Barrenkünstler.  
Curt Ellis, Verwandlungskünstler.  
**Ein Neubau mit Hindernissen**  
Im Saale: **Ball.**  
Entree 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Sperrst. 75 Pf.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7-9  
Täglich: Der rechte Weg. Pantomime: Ein ruhiges Zimmer vor vermieten.  
Satanello-Trio. Wardenis. Grigolati-Truppe. Konzert, Ball, Spezialit. Anf. 4 Uhr. Entree 30 Pf. Num. Pl. 50 Pf.

**Ostbahn-Park.** Am Küstrinerplatz. Rödersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**

**Schweizer-Garten**  
am Königspl., am Friedrichshain 29/32.  
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Das Viesel,** Liebespiel v. Kneiff.  
**Das Damenregiment.** Große Posse mit Ballett u. Evolution von Eb.  
Neben **Wittwoch: Kinderfest.**

**Victoria-Brauerei**  
Lützowstr. 111/112.  
Täglich im Garten oder Saal:  
**Korsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.**  
Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Gältigkeit.

**Reichshallen-Theater.**  
Nun wieder täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

**Orts-Krankenkasse der Maler und verwandten Gewerbe.**  
Gemäss Nr. 7 der Anweisung vom 10. Juli 1893 zur Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes bestimme ich in Abänderung des Erlasses vom 16. September 1903 - O. P. 18 893 - und zwar mit Gältigkeit vom 22. August 1904 ab - das der § 12 des Statuts der Krankenkasse folgende Fassung erhält:  
§ 12. Für die Bemessung der Höhe des Krankengeldes und der Beiträge werden die Klassenmitglieder in fünf Klassen eingeteilt: 1. Malergehilfen 2. Klasse, 2. ungelernete Arbeiter 3. Klasse, 3. Lehrlinge sowie männliche Mitglieder unter 16 Jahren 4. Klasse, 4. weibliche Mitglieder über 16 Jahren 4. Klasse, 5. weibliche Mitglieder unter 16 Jahren 5. Klasse.  
Der durchschnittliche Tagelohn ist bis auf weiteres festgesetzt: für die 1. Klasse auf 4 M., für die 2. Klasse auf 3 M., für die 3. Klasse auf 1,50 M., für die 4. Klasse auf 2 M., für die 5. Klasse auf 1 M. 875b  
§ 28. Die wöchentlichen Klassenbeiträge betragen 3/4 % des durchschnittlichen Tagelohnes und zwar: 1. für Malergehilfen 90 Pf., 2. für ungelernete Arbeiter 66 Pf., 3. für Lehrlinge sowie männliche Klassenmitglieder unter 16 Jahren 33 Pf., 4. für weibliche Klassenmitglieder über 16 Jahren 45 Pf., 5. für weibliche Klassenmitglieder unter 16 Jahren 24 Pf.  
Die Beiträge sind für jede Woche, innerhalb welcher der Versicherte der Klasse angehört hat, ihrem vollen Betrage nach zu entrichten. Dabei gilt als Woche der Zeitraum von Montag bis Sonntag einschließlich.  
Potsdam, den 26. Juli 1904.  
Der Oberpräsident.  
O. P. 15 616. J. R. v. Winistorf.  
Vorstehendes wird hierdurch bekannt gegeben.  
Der Vorstand.

**Keine Tafelbutter**  
erreicht Güte, Feinheit Ausgiebigkeit und Aroma d. Allgäuer Butter, w. solche n. neuest. Erfahr. garant. reinst in m. Betrieben hergestellt wird. Postkoll 9 Pf. netto, Nachh. 2. Tagespr. 6. Maloch Nachl., Memmingen (bayer. Allgäu).

Specialgeschäft für Uhren.  
59902  
1 neue Uhr jeder Art . . . 75 Pf.  
1 neue Uhr-Kapsel . . . 15 Pf.  
1 neues Uhr-Glas . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Ring . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Keil . . . 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Egglöffel . . . 5 Pf.  
Neue Uhren in größt. Ausw. genau reguliert.  
**E. Möbis,**  
82. Koppen-Strasse 82.

Ein gipffasther Kopf vermischt mit **Problem**  
N. 3. 1904/1905  
Niederlage  
der 56762  
**Kautabak-Fabrik**  
Nottrott & Comp.,  
Kleinwerther bei Nordhausen.  
General-Vertreter:  
**Bernhard Stämpel,**  
Berlin NO., Immanuel-Str. 21.  
5779L\*

**Sofastoffe**  
Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle, Reste! Moquettes, Plüsch, Satteltaschen.  
Muster b. näher. Angabe franco.  
Emil Lefevre, Berlin, 158.

**Kranz- und Blumenbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Strasse 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Guirlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin: Engel-Ufer 15.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt 4, 3353.  
Hauptbureau: Zimmer 1-5. Amt 4, 9679.

Mittwoch, den 17. August 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**15 allgemeine Metallarbeiter-Versammlungen**  
in den Lokalen:

**Germania-Säle,** Chausseest. 103.  
**Bernhard Rose-Theater,** Badstr. 58.  
**Wernaus Fest-Säle,** Schwedterstr. 23.  
**Colberger Salon,** Colbergerstr. 23.  
**Cösliner Hof,** Cöslinerstr. 8.  
**Kronen-Brauerei,** Alt-Moabit 47/49.  
**Kellers Fest-Säle,** Koppenstr. 29.  
**Suggenhagen,** Moritzplatz, Oranienstr. 147.  
**Urania,** Wrangelstr. 10/11.

**Charlottenburg: Volkshaus,** Rosinenstr. 3.  
**Tegel: Trapps Festsäle,** Bahnhoffstr. 1.  
**Rixdorf: Thiels Festsäle,** Bergstr. 151/152.  
„ **Victoria-Säle,** Hermannstr. 49.  
**Ober-Schöneweide: Kasselwerder,** Saffelwerderstraße 3.  
**Schöneberg: Weimanns Clubhaus,** Hauptstraße 5/6.

Tages-Ordnung:  
1. Die Aussperrung der Berliner Former und Gießereiarbeiter durch die Kühnemann und deren Folgen für die Berliner Metallarbeiter! 2. Diskussion.  
In diesen Versammlungen referieren die Kollegen:  
**Behrend, Cohen, Hartmann, Kenning, Körsten, Müller, Pawlowitsch, Petzold, Math, Scheffler, Stobsack, Wiesenhal, Wicke, Wuschick und Zernike.**  
Bei der Wichtigkeit und dem Ernst der Situation erwartet zahlreiche Besuch dieser Versammlungen  
**Die Konferenz der Vertrauensleute des Südens u. Südojsten fällt am Mittwoch aus.**



Fünftehnter internationaler Bergarbeiter-Kongress. Viertes Verhandlungstag.

Paris, 11. August.

Sachse-Deutschland eröffnet die Sitzung um 1 Uhr und erteilt Lamendin-Franzosen das Wort zur Begründung eines Bescheid-Telegramms an die Witwe Waldeck-Roussseau abzusenden. Der Kongress stimmt für die Abfindung des Beauftragten Bescheid-Telegramms, nur die deutsche und österreichische Delegation stimmt dagegen, weil im Ministerium Waldeck-Roussseau auch ein Gallifert geübt habe. Darauf tritt der Kongress in seine Verhandlung ein. Verhandelt wird über den deutschen Antrag: „Ein permanentes internationales Sekretariat zu schaffen.“

Sachse-Deutschland. Zum 15. Mal sind wir zusammengetreten und stehen heute noch auf demselben Punkt wie auf dem ersten Kongress. Wir wollen endlich praktische Arbeit geschaffen wissen. Es sind der Worte genug gewechselt, laßt uns Thaten sehen. Es ist nicht genug, daß wir Reden halten, uns beglückwünschen, sondern wir wollen dauernde Verbindung haben. Was den Kostenpunkt anbelangt, so schämen wir denselben auf 10 000 M. pro Jahr, jedoch daran darf eine solche Frage nicht scheitern, zumal heute sechs Nationen an der Ausbringung derselben beteiligt sind. Notwendig ist, daß alle Vierteljahre ein Situationsbericht aller Länder herausgegeben würde. Besonders müßten die Parlamentsberichte, die für die Vergleiche Interesse haben, in allen Sprachen übersetzt und den nationalen Organisationen zugefandt werden und das kann nur durch ein internationales Sekretariat geschehen. Besonders notwendig ist es aber, daß bei einem Streik in irgend einem Lande die Organisationen aller Länder genaue Situationsberichte über die Bewegung erhalten. Im Ruhrgebiet wird ein Streik ohne internationale Hilfe nicht mehr möglich sein. Wird das Sekretariat gegründet, so macht sich die jährliche Abhaltung eines Kongresses überflüssig und ersparten wir dadurch die Kosten, die das Sekretariat zu unterhalten kostet. Die Ausarbeitung der Statuten und die Einrichtung des Sekretariats könnte von dem internationalen Komitee geschaffen werden. Durch die Annahme unseres Antrags können die Vergleiche aller Länder sich um vieles nähern.

Öbert-Österreich ist dafür, daß das Sekretariat geschaffen wird. Die internationale Verbindung kann nicht nur in der Abhaltung der alljährlichen Kongresse bestehen, sondern es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Beschlüsse, die auf den Kongressen gefaßt werden, auch durchgeführt werden, was bis jetzt nicht geschehen ist. Das Sekretariat wird in der Lage sein, die Beschlüsse durchzuführen und darum stimmen wir dafür.

Jardin-Belgien erklärt, daß auch sie für den deutschen Antrag seien, jedoch scheint ihm die Frage noch nicht spruchreif und folglich muß die Sache erst noch studiert werden. Später sei es vielleicht möglich, das Sekretariat zu schaffen. Heute seien nur die Engländer in der Lage, die Kosten zu tragen, was die Österreicher doch nicht könnten, da sie ja nur einen Delegierten höchstens entsenden können. Das Sekretariat wird uns auch teuer werden, als Kamerad Sachse geschätzt hat. Auch die Abhaltung der Kongresse nur alle 2 Jahre sei nicht zu empfehlen und darum stimmten sie gegen den deutschen Antrag.

Coredreer-Frankreich: Schon in Düsseldorf und Brüssel ist diese Frage diskutiert und abgelehnt worden und auch heute halten wir dieselbe noch nicht für spruchreif. Er ist dafür, daß der Antrag nochmals zurückgestellt und an der Beibehaltung der alljährlichen Kongresse festgehalten würde.

Bruce-England hält nach der Erklärung der Belgier und Franzosen eine weitere Diskussion für überflüssig. Die Engländer sind bereit, ihre Reports an die der internationalen Bewegung angeschlossenen Organisationen zu senden, würden aber gegen den deutschen Antrag stimmen.

Doeds-Amerika: Wir stehen dem Antrag sehr sympathisch gegenüber und wenn der Kongress denselben annimmt, werden wir auch die auf uns fallenden Kosten gern tragen. Wenn aber das Sekretariat geschaffen wird, müßte auch etwas Größeres geschaffen werden, und da genügt es durchaus nicht, daß man einen Beamten anstelle, sondern es müssen mindestens zwei angestellt werden, und da würden sich die Kosten viel höher belaufen, als sie von Sachse

veranschlagt wurden. Aber dennoch sei es schade, wenn die Sache am Kostenpunkt scheiterte. Sie seien bereit, jährlich 3-4000 Dollar dafür zu zahlen, jedoch wünschen auch sie, daß mit der Schaffung des Sekretariats noch ein Jahr getarret würde.

Sachse-Deutschland begründet nochmals den deutschen Antrag und kommt der Kongress dann zur Abstimmung. Für den Antrag stimmen die Deutschen und Österreicher geschlossen, von den Belgiern stimmen drei dafür, die andern enthalten sich der Abstimmung. Die Franzosen stimmen im Prinzip dafür, ebenso die Amerikaner, während die Engländer geschlossen dagegen stimmen. Damit ist der Antrag abgelehnt. Die Abstimmung ruft bei den deutschen Delegierten eine lebhaftige Bewegung hervor.

Es wird in die Verhandlung des nächsten Punktes, Inspektoren eingetreten. Hierzu liegen zwei Anträge vor. Die Franzosen beantragen, daß die Grubeninspektoren durch die Arbeiter zu wählen sind, während die Belgier nur eine „Reorganisation“ der Grubeninspektoren fordern. Es wird allerseitig auf eine ausführliche Diskussion verzichtet. Die Franzosen und Belgier glauben, daß diese Forderung nur durchgeführt werden wird, wenn die Vergleiche einen größeren Einfluß auf die Landesparlamente erlangten. Spanien-Deutschland und Öbert-Österreich beleuchten kurz die mangelhafte Grubenkontrolle in ihren Ländern und erklären für die französische Resolution zu stimmen. Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Marktpreise von Berlin am 13. August. Nach Ermittlungen des Hfl. Volksgeld-Präsidenten. Für 1 Doppel-Centner: Weizen\*\*, gute Sorte 17,70-17,84 M., mittel 17,58-17,62 M., geringe 17,46-17,40 M. Roggen\*\*, gute Sorte 13,80-14,00 M., mittel 13,60-13,80 M., geringe 13,50-13,60 M. Futtergerste\*\*, gute Sorte 14,80-14,90 M., mittel 14,10 bis 13,50 M., geringe 13,40-13,80 M. Hafer\*\*, gute Sorte 16,40-15,70 M., mittel 15,60-14,90 M., geringe 14,80-14,20 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00-28,00 M. Spelzbohnen, weiße 50,00-28,00 M. Linen 60,00-25,00 M. Rastoffeln, neue, 12,00-8,00 M. Rastoffeln, alte 4,50-4,16 M. Gerst 8,80-6,40 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60-2,00 M. Eier per Schoß 4,00-2,40 M. \*) Drei Bogen und ab Dahn. \*\*) 16 Bohn.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr, im Fiebig's Salon, Gr. Frankfurterstraße 30.

Versammlung.

Tages-Ordnung: Vortrag des Rechtsanwalts Herrn Steinschneider über: „Die sozialen Aufgaben des Genossenschaftswesens“. 2. Diskussion. 3. An den Vorstand gelangte Anträge. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.)

Dienstag, den 16. August, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Saale des Herrn Giehr, „Züsch“, Waldemarstr. 75.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Kohls über: „Pflichten und Rechte“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 244/1. Zahlreiches Besuch erwartet Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 16. August 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im „Zwinnemünder Gesellschaftshaus“, Zwinnemünderstraße Nr. 42.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Katzenstein über: „Das schweizerische Parteiprogramm“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 248/8. Gäste - auch Damen - haben Zutritt. Zahlreichem Besuch sieht entgegen Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der Luxuspapier-Branche!

Couvert-Arbeiter und Arbeiterinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonpapier-Branche! Morgen, Mittwoch, 17. August, abends 8 1/2 Uhr, in den Industrie-Festsälen, Benthstr. 20 (großer Saal):

Oeffentl. Versammlung

aller in Luxuspapier-, Spitzenpapier-, Papier-Ausstattungs-, Couvert- und Kartonpapier-Fabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung: 1. Wie stellen sich die Kollegen und Kolleginnen zu einer Lohnbewegung? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung eruchen wir alle Kollegen und Kolleginnen, in dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen. 24/13. Die Vertrauenspersonen.

Achtung! Holzarbeiter! Achtung!

Rixdorf.

Donnerstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151/152:

Mitglieder-Versammlung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes (Zahlstelle) Rixdorf.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht der Ortsverwaltung und der Kommission. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 67/19. Die Ortsverwaltung.

Singer Nähmaschinen. Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! 56152\* Weltausstellung Paris 1900: Grand Prix höchster Preis der Ausstellung. Unentgeltlicher Unterricht, auch in moderner Stukktücherei. Elektromotoren für Nähmaschinenbetrieb. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstrasse 92. Von der Reise zurück. 3096 Dr. M. Cohn, W. Lutherstrasse 7/8.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3353. Donnerstag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3: Versammlung der Elektromonteuere. Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: Drahtlose Telegraphie. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 119/8. Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Glaser! Dienstagabend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: Bericht der Tarifkommission über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber-Verbande. Nur Mitgliedsbuch legitimiert. Von Auftrage: Jahn. 73/7

Verband der Schneider u. Schneiderinnen Filiale Berlin. Mittwoch, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20: Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung von dem am 1. August und folgende Tage in Dresden stattgefundenen Verbandstage und Berichterstattung von der internationalen Schneiderkonferenz. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Mitteilungen der Ortsverwaltung. 169/5. Die Mitglieder aller Branchen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Morgen Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: Vertrauensmänner - Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen. Tages-Ordnung: 1. Unsere Stellung zur Feier des 1. Mai. 2. Werkstattstreik und Differenzen. 3. Antrag betreffend Erhöhung des Lohnzuschlags bei Streiks. Vertrauensmänner-Karte nebst Mitgliedsbuch legitimiert. Jede Werkstatt muß vertreten sein. 67/19. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Maurer! Achtung! Mittwoch, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Dräsel, Neue Friedrichstraße Nr. 35: Oeffentl. Versammlung der Maurer Berlins und Umgegend. Tages-Ordnung: 1. Das Ergebnis der Baukontrolle und welche Lehren ziehen wir daraus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Vorstand. J. H.: Heinrich Metzke.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. Borusson. (E. S. 88, Hamburg.) Verwaltungsstelle Berlin W. Am Sonntag früh verstorben nach langen Leiden das Mitglied Eduard Winter. Die Beerdigung findet am 17. d. M., nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Friedhof-Poststellendamm, Tempelhofer Weg, statt. 3945 Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere Tochter Gertrud im Alter von 7 Jahren nach kurzem schweren Leiden am Montag, nachts, gestorben ist. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Johannisstraße, Köpenickerstraße 3, aus statt. 2838 Dies zeigen tiefbetrubt an Hermann u. Martha Düring.

Lackierer. Mittwoch, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, in Wendts Klubhaus, Königsgraben 14a: Allgemeine Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der Tarifverhandlungen. Referent: Reichstags-Abgeordneter A. Körsten. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Wichtigkeit des Vortrags wegen wird das Erscheinen aller Kollegen Berlins erwartet. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 107/12 Die Sektionsleitung.

Central-Kranken- u. Sterbekasse d. Zimmerer (E. S. Nr. 2 Hamburg.) Oeffentliche Verwaltung Berlin. Donnerstag, 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal VII): Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedene Kassangelegenheiten. 259/14 Der Vorstand.

Achtung! Töpfer-Träger. Achtung! Die Differenz bei der Firma Schöffel u. Stein ist beigelegt, da sich die Firma verpflichtet hat, den mit der Innung abgeschlossenen Vertrag anzuerkennen. 31/8 Die Ortsverwaltung. J. H.: K. Heidemann. Auf Nimmerwiedersehen verschwinden alle Bienen durch Reichels „Verstärkter Wanzenspray“. Tötet Wanzen samt Brut wie kein zweites Mittel absolut sicher. Nur echt mit Marke Tod u. Teufel. In Fl. a 50 Pf., 1.-, 2.- u. Literfl. 5.-. Sprühapparat 50 Pf. Hier frei Haus. Erfolg gar. Otto Reichel, Lieferant für Armeo u. Marine. Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Marmor-Arbeiter Berlins und Umgegend. Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder - Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Streckert. 2. Bericht des Statistikers. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. 172/15 Der Vorstand.

Bruch-Pollmann empfiehlt sein Lager in Bruchhandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse. Eigne Werkstatt. Oeffentl. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen Berlin C., 30. Finien-Strasse 30. NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm und weich am Körper. 66632\*

